

TTIP–Reader

*„Der von langer Hand geplante, stille ökonomische Putsch –
oder: Was und wer sich wirklich hinter TTIP verbirgt“*



mit Video- und Audio-Tipps

(Stand: August 2014)

STOP

TIP

&

CETA

attac

attac

attac

attac

attac

**“Gegen jeden, der es
unternimmt, diese
Ordnung zu beseitigen,
haben alle Deutschen
das Recht zum
Widerstand, wenn
andere Abhilfe
nicht möglich ist.”**

Grundgesetz Art. 20 (4)

Inhalt

Von langer Hand geplant	1
Wie bezeichnet man das was wir derzeit erleben ? Eine Verschwörung ?....	4
Die Transmissionsriemen zwischen Kapital und Politik.....	4
Der Beginn der TTIP-Verhandlungen.....	6
Worum es zuvörderst geht: Der Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat....	7
Worum es für ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen geht: Die Beseitigung erkämpfter Rechte und Errungenschaften.....	8
Was tun ?.....	11
Anmerkungen.....	13
Anhang.....	25

**Der von langer Hand geplante, stille ökonomische Putsch –
oder: Was und wer sich wirklich hinter TTIP verbirgt**
von Uli Gierschner



„Selten“, so schrieb Jens Jessen am 5. Juni 2014 in der ZEIT, „hat sich eine Öffentlichkeit so erfolgreich irreführen lassen wie im Fall des transatlantischen Freihandelsabkommens, das derzeit zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelt wird. Medien, Stammtische, Parlamente sprechen nur über Chlorhühnchen, gentechnisch veränderten Mais und andere Laxheiten des amerikanischen Verbraucherrechtes, die mit Unterzeichnung des Vertrages auf den europäischen Markt kommen könnten. Bestenfalls wird wie in Frankreich oder Deutschland über die ruinösen Folgen geredet, die das Abkommen für die nationalen Kulturlandschaften haben könnte – für den Film, den Buchmarkt, die staatlichen Bühnen. Aber die eigentliche Pointe der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), die auf eine fast diktatorische Beschränkung demokratischer Selbstbestimmung hinausläuft, bleibt weitgehend undiskutiert.“

Von langer Hand geplant

Für Friedrich August von Hayek, intellektueller Vordenker des faschistoiden Neoliberalismus ¹⁾, „gründeten die Probleme Europas im Aufstieg der Volkssouveränität und demokratischer Kontrolle über die Wirtschaftspolitik. Seine Lösung, die er erstmals 1939 veröffentlichte, war eine Europäische Föderation, welche den demokratischen ‚Weg in die Knechtschaft‘ versperren würde, indem die europäischen Staaten vertragliche Verpflichtungen zur Be-

endigung öffentlicher demokratischer Kontrolle über die Wirtschafts- und Sozialpolitik eingehen“ (Peter Gowan 2005) 2) - „Für zukünftige Strategien ist entscheidend wichtig zu verstehen, dass die soziale Regulierung der Marktwirtschaft sich nicht einfach ´natürlich´ entwickelt hat, sondern unter großen Opfern erkämpft wurde (...). Diese mit vielen Opfern erkämpfte und bezahlte Ordnung des Grundgesetzes, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, das Sozialstaatsgebot und die Friedenspflicht, wird seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zunehmend ökonomisch und politisch ausgehöhlt. Man nennt diese Phase die



(aus: Klaus Staeck, Die Gedanken sind frei. Plakate, Berlin 1981, S. 97)

neoliberale. Sie ist im ökonomischen Bereich gekennzeichnet durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung der Weltwirtschaft zum ausschließlichen Ziel der Vermehrung des Eigentums der Kapitaleigner. Hauptakteure sind die transnationalen Konzerne (TNCs), Banken und Fonds, gestützt durch die westlich dominierten internationalen, undemokratischen Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO. Militärisch und geheimdienstlich gesehen setzte die Hegemonialmacht USA zur Förderung der Kapitalinteressen zunächst Diktaturen in den Ländern des Südens ein. Inzwischen strebt sie mit direkten

militärischen Interventionen unter offenem Bruch des Völkerrechts nach der uneingeschränkten Weltmacht. Ideologisch gewann der Liberalismus in Form des Neoliberalismus die Hegemonie zurück mit Hilfe von Netzwerken wie der Mont Pèlerin Society, Think Tanks, Stiftungen und kapitalkontrollierten Medien. Christian Zeller bezeichnet das neoliberale System zu Recht als Enteignungsökonomie analog dem ursprünglichen Raubtierkapitalismus“³⁾

Wie bezeichnet man das, was wir derzeit erleben ? – Eine Verschwörung ?

„Monsanto: Putsch in Europa“, so lautet eine Schlagzeile ; Lori Wallach (**vgl. den ZDF Zoom-Film im Anhang**) , mächtigste Verbraucherschützerin in den USA, spricht im Hinblick auf TTIP von einem „Staatsstreich in Zeitlupe“, „Allzweckwaffe von Unternehmen in politischen Auseinandersetzungen“, nennt es *Corporate Europe Observatory*, „Putsch von oben“ oder „Ermächtigungsgesetz für Konzerne“ nennen es andere - Handelt es sich im Hinblick auf das, was wir *im Allgemeinen* weltweit derzeit erleben um eine Verschwörung ? Hierzu Roman Herzog: „ (...) es ist keine Verschwörung, denn die Finanzakteure sind klar erkennbar. Sie sind vereint in der **International Swaps and Derivatives Association` ISDA**, ein 1985 gegründeter Zusammenschluss der weltgrößten Banken und Spekulationshäuser. 834 Firmen aus 57 Ländern, angeführt vom Direktor Stephen O’Connor der Morgan Stanley Bank. Dessen Stellvertreter ist Michele Faissola, der Vertreter der Deutschen Bank. Joseph Stieglitz, Professor der Columbia University in New York und Nobelpreisträger für Ökonomie, erläutert seit Jahren, dass dieses Gremium direkt die Finanzpolitik der vermeintlich unabhängigen Zentralbanken der Welt bestimme, und der Regierungen.“⁴⁾

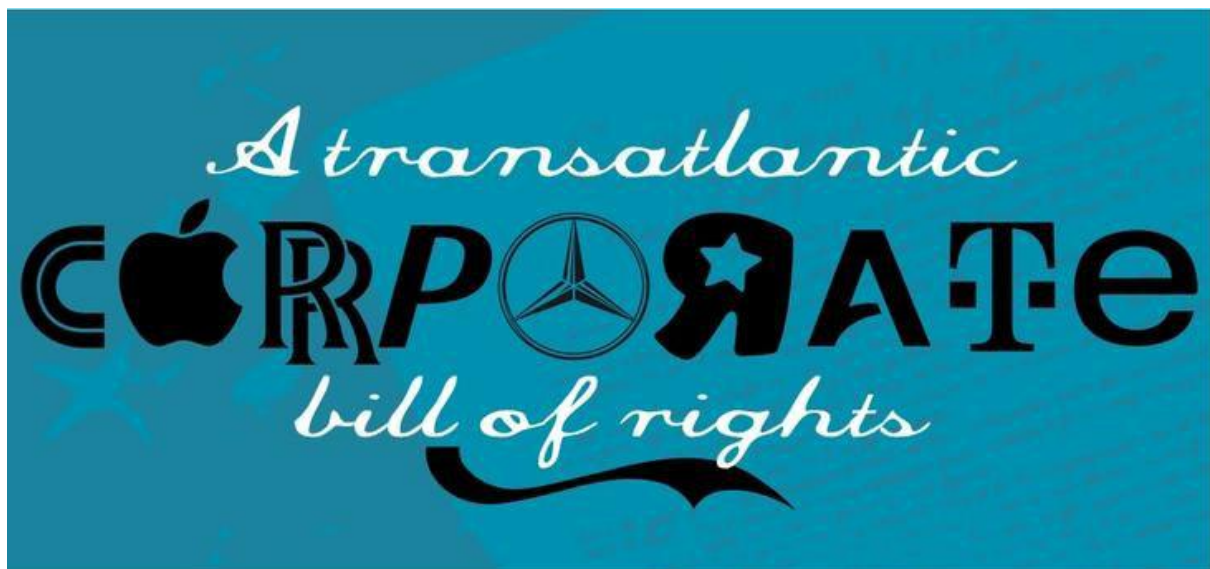
Die Transmissionsriemen zwischen Kapital und Politik

Einen anderen „Transmissionsriemen“ zwischen Big Business und Politik stellt der **European Round Table of Industrialists“ (ERT)** dar:

„Der ERT kooperiert eng mit der Europäischen Kommission, also jener Institution, die Gesetze und Vorschriften beschließt, die alle europäischen Bürger betreffen. Dem ERT gehören die 50 wichtigsten Topmanager europäischer multinationaler Konzerne an. (...) Zum ersten Mal machte die NGO *Corporate Europe Observatory* auf diesen Round Table aufmerksam. Die Organisation versucht, den Einfluss von Konzernen in Brüssel aufzudecken und zurück zu drängen, die die Demokratie unterwandern und die soziale Sicherung sowie Umweltschutz unterminieren. Denn, so *Corporate Europe Observatory*: `Fixiert auf die Befriedigung der Finanzmärkte schlagen EU-PolitikerInnen neue Regeln für eine > europäische Wirtschaftsregierung< sowie einen neuen Vertrag vor, um ihre >Schockdoktrin< abzusichern. Die Maßnahmen stellen den Kern europäischer Demokratie infrage, denn sie legen grundlegende Entscheidungen in die Hände von TechnokratInnen. Es ist dieses Europa der großen Banken und Konzerne, das jeden Versuch in Richtung eines sozialen Europas vereitelt.` Und das funktioniert relativ einfach. Auf der ERT-Plenarsitzung in Antwerpen, das belegen interne Dokumente, wurde beschlossen, dass die Mitglieder des ERT sich aktiv bei den nationalen Entscheidungsträgern für die ERT-Vorschläge einsetzen müssen. Denn, so ist in einem internen Strategiepapier des ERT vom August 2011 zu lesen, das mir ein Informant zugespielt hatte: `ERT soll bestrebt sein, die Politik im frühestmöglichen Stadium zu beeinflussen, noch bevor die politischen Vorschläge offiziell werden.` (...)

Der ERT definiert in einem im Januar 2012 publizierten Positionspapier, wie Europa zu gestalten sei, und zwar zum `Wohle der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Konzerne`.

Notwendig sei, sämtliche staatlichen Regulierungen und Auflagen für privatwirtschaftliche Unternehmen, die sich im politischen Entscheidungsprozess auf EU-Ebene befinden und die nach Meinung des ERT keinen nachgewiesenen politischen Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum haben, sofort außer Kraft zu setzen. Weiterhin sollen alle bereits existierenden staatlichen Regulierungen hinsichtlich ihrer ´wachstumshemmenden` Auswirkungen untersucht werden. Wobei am Ende jene Regelungen gestrichen werden müssten, die nicht im Sinne freien Wirtschaftswachstums stehen und deren Wegfall keine ´grundlegenden Schutzmechanismen` berühre. Weiterhin fordert der ERT die Einsetzung eines `unabhängigen Überprüfungsmechanismus`, das heißt einer Kommission, welche gesetzliche Vorhaben, die für europäische Unternehmen verbindlich werden sollen, im Vorhinein bezüglich der Nützlichkeit hinsichtlich wirtschaftlichen Wachstums untersucht, die für die Unternehmen daraus resultierenden Kosten bewertet und die Vorhaben gegebenenfalls stoppt. Die Kontakte



(<http://corpoteeurope.org/trade/2013/10updated-transatlantic-corporate-bill-rights-investor-privileges-eu-us-trade-deal>)

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen“,

sagte Warren Buffett, mit über 60 Milliarden Dollar Privatvermögen einer der reichsten Männer der Welt, 2006 in einem Interview. 5)

zu den Spitzenpolitikern knüpft in der Regel das ERT-Sekretariat in Brüssel, bei dem wiederum das Brüsseler Siemens-Verbindungsbüro bei der Europäischen Union eine zentrale Rolle spielt. Dessen Leiter ist Peter Witt. Er war zuvor stellvertretender deutscher EU-Botschafter. (...) Am 28. November 2012 schrieb Holger Niemann, der Leiter des Referats 411 im Bundeskanzleramt, eine E-Mail an den Kabinettschef von Kommissionspräsident José Manuel Barroso: `Die Bundeskanzlerin hatte Herrn Kommissionspräsident Barroso bei deren Telefonat am Sonntag zu einem Gespräch zu Fragen der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie eingeladen, das sie hier im Bundeskanzleramt gemeinsam mit Herrn Barroso, Staatspräsident Hollande und Vertretern der europäischen Industrie (*Delegation des European Round Table of Industrialists*) führen möchte.` (...).

Bekanntlich findet alle sechs Monate ein Gipfeltreffen der EU-Politiker statt und fast zeitgleich ebenfalls ein Treffen der ERT-Führung. (...) Besonders stolz ist der ERT auf die politischen Kontakte. Ein Insider aus dem Exekutivbüro erklärte mir gegenüber sehr selbstbewusst: `Wenn wir einen Termin bekommen wollen, dann bekommen wir ihn auch.` (...)

In Brüssel sitzt nicht nur der *European Round Table of Industrialists* (ERT), sondern auch das nicht weniger einflussreiche *BusinessEurope* hinter dem sich die Lobbyorganisation der europäischen Arbeitgeberverbände verbirgt. (...) Das Büro befindet sich in bester Brüsseler Lage, am Rond Point Schumann, wo auch die Europäische Kommission ihren Sitz hat. Und trotzdem redet kaum jemand über das Büro des *European Financial Services Round Table* (*EFR*). Das ist sicher die mächtigste Interessengruppe in Brüssel, insbesondere wegen ihrer finanziellen Potenz. Sie ist ähnlich wie der ERT organisiert, erlaubt also keine Unternehmen als Mitglieder, sondern nur Einzelpersonlichkeiten. Die jedoch haben es in sich: Mitglieder des EFR sind die Vorstandsvorsitzenden der mächtigsten europäischen Banken und Versicherungen.“⁶⁾

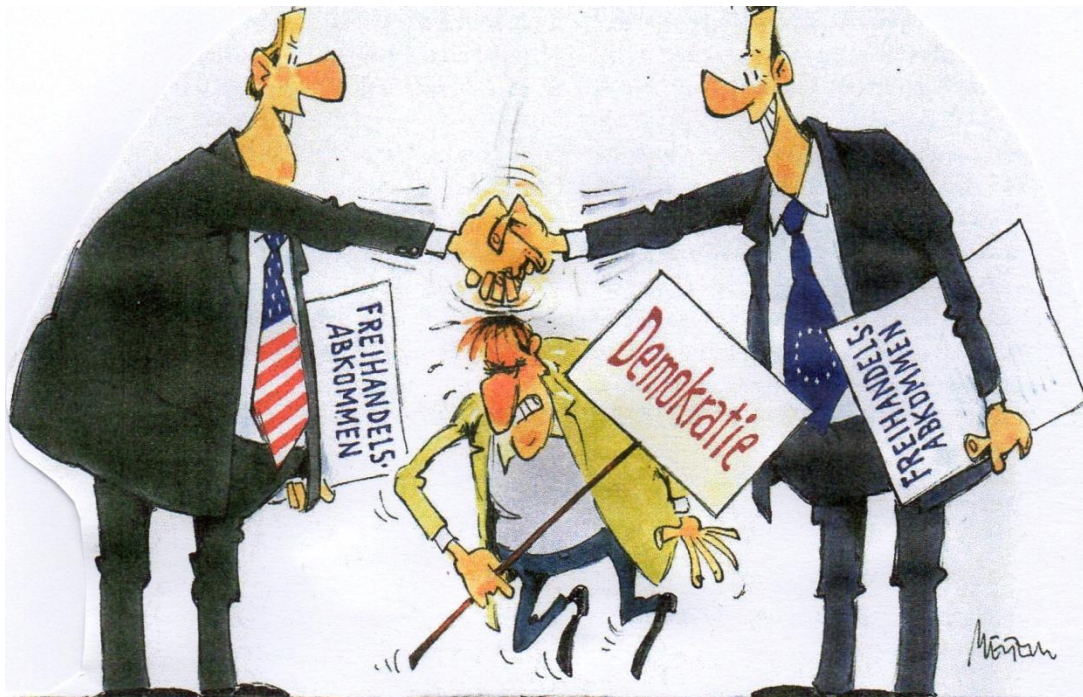
Der Beginn der TTIP-Verhandlungen

„Im Juli 2013 begannen die Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft TTIP. Dieses Abkommen wird den größten Teil der Regeln festlegen, welche für die Hälfte des weltweiten Bruttosozialprodukts gelten sollen – nämlich das US-amerikanische und das europäische BIP zusammengenommen. Schon seit 1995 befindet es sich in Vorbereitung – seit die größten TNCs beiderseits des Ozeans den *Trans-Atlantic Business Dialogue* (TABD) aufnahmen, um Sektor für Sektor alle Details der Regulierungspraxis in Vertragsklauseln zu gießen. Das *Corporate Europe Observatory* konnte nachweisen, dass zur Vorbereitung der TTIP, also des geplanten transatlantischen Freihandelsabkommens, `mindestens 119 Treffen mit großen Konzernen und ihren Lobbygruppen hinter verschlossenen Türen` erfolgt waren, aber `nur eine Handvoll mit Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen. Als die Verhandlungen im Februar 2013 bekannt gemacht wurden, hatte noch kein einziges dieser Treffen mit gemeinwohlorientierten Gruppen stattgefunden, wohl aber Dutzende mit Unternehmenslobbyisten.` Dieses Ungleichgewicht besteht bis heute fort: So sind wichtige Teilnehmer der laufenden TTIP-Verhandlungen die Handelskammern und, in Europa, der *European Roundtable of Industrialis* (ERT) (...) Der *Trans-Atlantic Business Dialogue*, der den geheim gehaltenen Vertragstext entwarf, benannte sich später in *Transatlantic Economic Council* (TEC) um und beschreibt seine Aufgabe als `Abbau von Regulierungsmaßnahmen zwecks Ermächtigung des Privatsektors`. Tatsächlich dreht sich die TTIP ausschließlich um dieses eine Vorhaben: Sie soll staatliche Regulierung in allen Bereichen reduzieren, die öffentlichen Dienste soweit irgend möglich privatisieren und nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigen. Regulierungen also, welche die TNCs als `Handelsstörungen` betrachten. Der TEC bezeichnet sich selbst als `politisches Gremium`, und sein Direktor verkündete stolz, zum ersten Mal habe hier `der Privatsektor eine offizielle Rolle bei der Festlegung der EU/US-Politik` gespielt.

(...) Kernstück aller Handels- und Investitionsschutzverträgen ist heute jene Klausel, die es Unternehmen gestattet, souveräne Staaten auf Schadensersatz zu verklagen, wann immer sie glauben, eine staatliche Maßnahme werde ihre Gewinne, ja sogar ihre `Gewinnerwartungen` beeinträchtigen. Natürlich bleibt abzuwarten, wie viele *Investor-to-State-Streitfälle* die TTIP, falls sie zustande kommt, auslösen wird. Allerdings sind bereits unter den Bedingungen

Hunderter schon ratifizierter bilateraler Handelsabkommen über 560 Konzernklagen gegen Staaten eingereicht worden, 62 neue Fälle allein im Jahre 2012.“ 7)

Worum es zuvörderst geht: Der Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat



(Publik Forum – Dossier April 2014; S.10)

Vor diesem Hintergrund ist es nicht mehr erstaunlich, dass die Lobbyorganisation der europäischen Arbeitgeberverbände **Business-Europa** zusammen mit der amerikanischen Handelskammer im Zuge der geheimen **TTIP- Verhandlungen** einen Rat außerhalb der Parlamente, einen Rat für Regulatorische Zusammenarbeit fordern. In einem dem ZDF vorliegenden kommentierenden Papier der EU-Kommission heißt es dazu: „Ja, das geht ! Umsetzbar !“ Bald darauf tauchte der Vorschlag als *eigener* Vorschlag der EU-Kommission auf (vgl. **ZDF Zoom: Geheimsache Freihandel, 21.05. 2014 – siehe Anhang**) Die Wochenzeitung DIE ZEIT fragte diesbezüglich in ihrer Ausgabe vom 26. Juni 2014: „Schreibt die EU-Kommission tatsächlich aus Industriepapieren ab ?“ 8)

Der TTIP-Vertrag soll demnach ein sogenanntes „living agreement“ werden, also ein für künftige Entwicklungen offenes Abkommen. Das bedeutet: Alles, was Parlamente oder die Öffentlichkeit jetzt nicht akzeptieren würden, wird verlagert in einen „**regulatory cooperation council**“, einen transatlantischen „Regulierungsrat“, der ab Vertragsabschluss kontinuierlich tagen soll, mit dem Ziel, nicht nur bestehende „Handelshemmnisse“ nachträglich zu eliminieren, sondern auch zu verhindern, dass neue (z.B. demokratisch gewollte Standards) beschlossen werden können. Mit dem Mittel der „regulatorischen Harmonisierung“ sollen gegenseitige Anerkennungen von Standards durchgesetzt und **bestehende Gesetze (!) überarbeitet** werden – **Das bedeutet de facto eine Entmachtung der Parlamente, die Unterminierung der Demokratie !** 9)

„Nicht weniger fatal ist, dass die Schutzabkommen die staatliche Justiz zugunsten von Schiedsgerichten ausschalten. Diese Gerichte sind nicht mit Richtern, sondern mit Branchenanwälten besetzt, die von den beiden Streitparteien ausgewählt werden (In den letzten Jahren hat ein kleiner Zirkel von 15 Anwälten weltweit über die Hälfte aller Streitigkeiten entschieden, bei Schadenssummen von über vier Milliarden sogar mehr als drei Viertel). Schiedsgerichte haben zwar eine große Tradition und sind bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten zwischen Unternehmen gang und gäbe. Doch in den Investitionsschutzverfahren ist die Konstellation vor den Schiedsgerichten anders, nämlich so asymmetrisch wie der Grundkonflikt: Hier treffen der Investor und der Staat, in dem das Kapital angelegt ist, aufeinander, also das privatwirtschaftliche Verwertungsinteresse auf das – nicht zufällig meist sehr dringliche – politische Anliegen.

Ausgerechnet in dieser schiefen Schlachtordnung verzichten die betroffenen Staaten auf ihre eigene, öffentliche Justiz und überantworten sich privaten Schiedsleuten. Obendrein sind die Staaten bei den `Investor-Staats-Disputen` stets nur passiv beteiligt, als `Schiedsbeklagte`, nie als Kläger. Das heißt: Sie können nicht ihrerseits den Investor auf diese vereinfachte Weise verklagen, falls der seine Pflichten verletzt. In dem Fall müssen sie sich an die ordentlichen Gerichte halten, deren komplizierten Entscheidungsgang sie dem klagenden Investor ersparen. Da die Schiedsgerichte hinter verschlossenen Türen tagen, ihr Urteil unanfechtbar ist und in aller Regel noch nicht einmal veröffentlicht wird, fehlen sämtliche Faktoren, die die rechtsstaatliche Qualität von Justiz sichern: Transparenz, Überprüfbarkeit, Unabhängigkeit, Verantwortlichkeit. Der Verlust an rechtsstaatlichen Prinzipien ist um so prekärer, als der Staat in diesem geschlossenen `Geheim`-Prozess nichts weniger als seine demokratisch legitimierte Gesellschafts- und Rechtspolitik verteidigen muss – noch dazu belastet mit dem Risiko milliardenschwerer Haftung. Eine normativ verkehrte Welt. 10)

Worum es für ArbeitnehmerInnen und VerbraucherInnen geht: Die Beseitigung erkämpfter Rechte und Errungenschaften



(Publik Forum – Dossier April 2014 Titelseite)

Unter der Überschrift „Zehn Einwände aus Europa“ skizziert Wolf Jäcklein in der deutschsprachigen Juni-Ausgabe der Monatszeitschrift *Le monde diplomatique* die drohenden Auswirkungen für die Menschen in Europa:

„**1. Missachtung grundlegender Arbeitsrechte** Die Vereinigten Staaten haben nur zwei von acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz der Arbeitnehmer ratifiziert. Auf EU-Seite haben jedoch alle Mitgliedsstaaten die Normen dieser Sonderorganisation der Vereinten Nationen angenommen. Erfahrungsgemäß läuft die ‚Harmonisierung‘ im Rahmen von Freihandelsabkommen meist darauf hinaus, dass man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigt. Die europäischen Arbeitnehmer müssen darum eine Erosion ihrer bestehenden Rechte fürchten.¹¹⁾ **2. Verschlechterung bei der Arbeitnehmervertretung** Die Logik von Tafta (anderer Ausdruck für „TTIP“ – U. Gierschner) besteht darin, ‚Hürden‘ zu beseitigen, die den Warenverkehr zwischen den beiden Kontinenten behindern. Das erleichtert es den Unternehmen, ihre Produktionsstandorte nach den Kosten auszuwählen, insbesondere den Lohnkosten. Aber die Mitspracherechte der Arbeitnehmer – wie die Informationen und Konsultationen von Betriebsräten – enden auch weiterhin an den nationalen Grenzen. Die transnationale Annäherung würde damit eine Schwächung der Arbeitnehmerrechte bedeuten, wie sie in der Grundrechtecharta der EU formuliert sind. **3. Aufweichung technischer Normen und Standards** In diesem Bereich unterscheidet sich die europäische Regelungsweise sehr stark von der amerikanischen. In Europa gilt das Prinzip der Vorsicht: Vor der Markteinführung eines Produkts muss geprüft werden, welche Risiken es womöglich birgt. In den Vereinigten Staaten ist das Vorgehen umgekehrt: Die Überprüfung erfolgt nachträglich und ist mit der Garantie verbunden, dass bei allen auftretenden Problemen Schadenersatz geleistet wird (Möglichkeit von Sammelklagen, Entschädigungszahlungen). In Europa werden darüber hinaus nicht nur mögliche Gefahren für die Konsumenten berücksichtigt, sondern auch Risiken, die die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer betreffen können, und zwar auch dann wenn diese die Sicherheitsvorschriften nicht beachten. In den USA gibt es keinen vergleichbaren Schutz. Die Harmonisierung in diesem Bereich begeistert die Arbeitgeber, birgt aber mehrere Gefahren: die Schwächung des Vorsichtsprinzips (ohne nachträgliche Haftung); die Entstehung eines Doppelsystems, in dem die Unternehmen sich die Standards aussuchen können; die Beschneidung des Arbeitnehmerschutzes am Arbeitsplatz. Angesichts dessen kann die Aussicht auf die Einrichtung eines ‚Transatlantischen Regulierungsrats‘, der praktisch keiner demokratischen Kontrolle unterliegt, niemanden beruhigen. **4. Eingeschränkte Personenfreizügigkeit** Die Personenfreizügigkeit wird unter dem Aspekt der Erbringung von Dienstleistungen nach dem sogenannten Modus 4 betrachtet, das heißt als ‚Präsenz natürlicher Personen eines Landes auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Landes‘. Dieses Prinzip wird auch als Arbeitnehmerentsendung bezeichnet und trägt bereits jetzt zum Sozialdumping in der EU bei.¹²⁾ In den laufenden Verhandlungen zählen Mobilität und Migration nur im Hinblick auf das wirtschaftliche Interesse, vom Grundrecht der Freiheit der Person ist nicht die Rede. Dabei hätte man erwarten können, dass eine Harmonisierung des Arbeitsrechts und der Arbeitsbestimmungen den Menschen die gleichen Rechte und Garantien gewährt wie Waren und Kapital. **5. Keine Sanktionen bei Verstößen** Freihandelsabkommen enthalten normalerweise ein Kapitel über die sogenannte nachhaltige Entwicklung mit Bestimmungen zum Sozial- und Arbeitsrecht, zum Umwelt-, Klima- und Tierschutz sowie zum ländlichen Raum. Doch anders als in anderen Bereichen sieht dieses Kapitel in der Regel keinen Mechanismus zur Konfliktlösung vor und keine Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen. Während in den Artikeln über wirtschaftliche und technische Fragen die rechtlichen Abläufe und möglichen Sanktionen sehr genau dargelegt sind, bleiben

die Ausführungen zum Sozialrecht vage, und die Möglichkeiten für eine gerichtliche Durchsetzung von Ansprüchen in diesem Bereich gering.¹³⁾

6. Abbau öffentlicher Dienstleistungen Die Verhandlungen bewegen sich in Richtung einer Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen durch die Einführung sogenannter Negativlisten. Auf diesen Listen sollen alle Dienstleistungen aufgeführt werden, die von der Privatisierung ausgenommen sind, was im Umkehrschluss bedeutet, dass Privatisierung als Regelfall gilt. Auch hier lässt die Erfahrung vermuten, dass Probleme bei der Definition oder der Formulierung Hintertüren öffnen, die Privatisierung über den ursprünglich vorgesehenen Rahmen hinaus ermöglichen. Außerdem würde jede neue Dienstleistung zur Abdeckung neuer Bedürfnisse automatisch dem Privatsektor zugeschlagen.

7. Anstieg der Arbeitslosigkeit In der EU können sich Unternehmen aus Nichtmitgliedsländern um öffentliche Aufträge bewerben. Für die USA gilt das nur eingeschränkt, wie die 'local content requirements`ein Minimum an lokaler Beteiligung verlangen. Da die US-Seite diese Schutzklausel kaum aufgeben wird, blieben die europäischen Unternehmen benachteiligt. Das hätte negative Auswirkungen auf die Beschäftigung in der EU.

8. Weniger Schutz von personenbezogenen Daten Die Menschen in Europa legen traditionell großen Wert auf den Schutz ihrer personenbezogenen Daten. Die US-Regelungen lassen vermuten, dass das jenseits des Atlantiks anders ist. Vor dem Hintergrund einer Liberalisierung der Dienstleistungen wird die Garantie des Datenschutzes hypothetisch: Wie lassen sich der Ort der Datenspeicherung und das anwendbare Recht bestimmen, wenn die Daten in einer 'cloud` liegen ?¹⁴⁾

9. Unterwerfung der Menschen unter den Schutz des geistigen Eigentums Was die europäischen Gewerkschaften sowie politische Organisationen und Verbände in einer gemeinsamen Anstrengung während der Debatte über das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (Acta) verhindern konnten, droht mit Tafta wieder auf den Tisch zu kommen. Die Bestimmungen zum Schutz des geistigen Eigentums und zum Schutz vor Produktpiraterie sind derzeit Gegenstand der Verhandlungen und könnten die Freiheit des Internets bedrohen, Autoren des Rechts berauben, selbst über die Verbreitung ihrer Werke zu entscheiden, oder auch den Zugang zu Generika einschränken.

10. Unterwerfung der Staaten unter ein für die Großkonzerne maßgeschneidertes Recht“¹⁵⁾

Zudem droht das parallel und ebenfalls unter absoluter Geheimhaltung verhandelte Tisa-Abkommen eine **schärfere Kontrolle der Finanzmärkte zu verhindern.**¹⁶⁾

Was tun ?

„Es wird einige Zeit dauern, bis der postmoderne Narziss durch die Leere seines Spiegelbildes hindurch den dahinter verborgenen gesellschaftlichen Trümmerhaufen bemerken wird“

(Paul Verhaege, Und ich ? – Identität in einer durchökonomisierten Gesellschaft, München 2013, S. 75)



„Wir stoßen in der Geschichte unfehlbar auf die Gleichgültigkeit, sobald wir von der Erforschung der Taten zur Untersuchung der Zustände übergehen. Jeder Machtherrschaft ist sie stets die sicherste Stütze, der verlässlichste Schutz gewesen. Nur in den seltenen Augenblicken, da die Gleichgültigen in Bewegung geraten sind, ist der Machtapparat zum Teufel gegangen“.

(Manès Sperber, Wie eine Träne im Ozean, München 2000, S. 39)

„Bereits die Reaktionen auf die europäische Finanzkrise zeigen, wie es um die Machtverhältnisse bestellt ist: Mindestens 1,7 Billionen Euro an Steuergeldern wurden in der EU zur Rettung von Pleitebanken mobilisiert. Die so entstandene Schieflage einiger Staatshaushalte wird mit einem gigantischen Sozialkahlschlag beantwortet. Im Ergebnis sind die Reichen heute reicher als vor der Krise, während breite Teile der Bevölkerung mit Arbeitslosigkeit, Armut, Lohn- und Rentenkürzungen sowie kollabierenden Gesundheitssystemen die Zeche zahlen. Zugleich wird diese EU-Politik mit Fiskalpakt, Europäischem Stabilitätsmechanismus und Bankenunion zum Dauermodus gemacht. Jetzt steht mit dem TTIP-Abkommen zwischen EU und den USA ein ganz großer Wurf auf der Agenda. Schon der immense Einfluss von Wirtschaftsverbänden und Bankenlobbys auf den Verhandlungsprozess zeigt, für wen hier Politik gemacht wird.“¹⁷⁾

In der folgenden – aus theologischer, ökonomischer und psychoanalytischer Perspektive – gestellten politik-ökonomischen Frage haben sowohl die Übereinstimmung von biblischer Tradition, Marx, Rawls und Relationaler Psychologie, das Wissen um die Unzulänglichkeiten der alten marxistischen Analyse, sowie der nach wie vor Gültigkeit besitzende Ausgangspunkt der Analyse von Marx¹⁸⁾ Berücksichtigung gefunden: *„Wie können die, die aus den verschiedenen von neoliberaler Destruktion betroffenen Gruppen solidarisch Mensch werden, auf allen Ebenen und weltweit Bündnisse (vgl. das **Haller Bündnis gegen TTIP – siehe Anhang; das Bündnis gegen TTIP und CETA auf nationaler Ebene, die europaweite Allianz von ca. 150 Bündnispartnern und das transatlantische Bündnis, das sich im März 2014 konstituierte**) bilden, dass sie der globalen Macht der Kapitaleigentümer wirksam entgegentreten und sich die gestohlenen Ressourcen wieder für das Leben aller*

*aneignen können ? (...)*¹⁹⁾ Der augenblicklich stattfindende konzertierte, putschistische Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat mittels der Instrumente „TTIP“, „CETA“ und „TiSA“²⁰⁾ würde allerdings die Visionen eines Friedrich August von Hayek aus dem Jahre 1939 Wirklichkeit werden lassen. Das kollusive narzisstische Zusammenspiel zwischen einer über eine „markkonforme Demokratie“²¹⁾ schwadronierenden und TTIP zu ihrem Herzensanliegen erklärenden Bundeskanzlerin Merkel im Größenselbst und einem gleichgültigen Bundesbürger im Größenklein²²⁾ („Mutti“ wird’s schon richten !), dürfte für letzteren noch mit dem von Paul Verhaege anvisierten sprichwörtlichen *bösen Erwachen* enden: Es steht nicht nur die 3. Weltfinanzkrise, die absehbar von den „Schattenbanken“ ausgehen wird, vor der Tür; ²³⁾ erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 sind zwei Strukturprinzipien des Grundgesetzes massiv bedroht: Die „Demokratie“ und der „Rechtsstaat“. In Artikel 20 (4) des Grundgesetzes heißt es: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“.

*„Es gibt kein richtiges Leben im falschen“*²⁴⁾

(Adorno)

- 1) „Wir neigen dazu, im Nationalsozialismus das letzte Kapitel des Sozialdarwinismus zu sehen, und verlieren dadurch die neuste Ausprägung aus den Augen. Es ist jedoch nicht allzu schwer, den Neoliberalismus als eine solche anzusehen.“

(aus: Paul Verhaege, Und ich ? – Identität in einer durchökonomisierten Gesellschaft, München 2013, S. 85 – *Paul Verhaeghe ist klinischer Psychologe und Psychoanalytiker und lehrt an der Universität in Gent*)

Hayek führte in Mercurio, Santiago de Chile am 19.4.1981 - während der Militärdiktatur des Junta-Chefs Pinochet, der mit Hilfe der CIA, der Konzerne ITT, Kennecot Copper Corp. u.a. an die Macht gebracht wurde und der den Neoliberalismus weltweit erstmals unter „Laborbedingungen“ implementierte - aus: „Eine freie Gesellschaft braucht Moral, die sich in letzter Instanz auf die Erhaltung von Leben reduziert: *nicht auf die Erhaltung alles Lebens, denn es könnte notwendig sein, individuelles Leben zu opfern um eine größere Zahl anderer Leben zu retten. Daher sind die einzigen Regeln der Moral diejenigen, die zu einem `Kalkül des Lebens` führen: das Eigentum und der Vertrag.*“ - Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, dass diese Aussage im Blick auf die Wirklichkeit mit einer impliziten Lüge beginnt. Im ersten Satz ist nämlich die Aussage enthalten, *dass es in dieser Welt nicht genug für alle zum Leben gibt und darum ein Lebenskalkül nötig ist, das entscheidet, wer leben darf und wer geopfert werden muss.* Zahlreiche Studien, besonders der Vereinten Nationen, *haben empirisch nachgewiesen, dass es mehr als genug Nahrung für alle gäbe, wenn sie gerecht verteilt würde.* Dann aber folgt die Ungeheuerlichkeit: *Nur diejenigen Menschen, die über Privateigentum und Vertragsfähigkeit verfügen – also auch die, die ihre Arbeitskraft verkaufen können -, haben ein Recht auf Leben. Alle anderen können prinzipiell geopfert werden. Die Menschenrechte verbieten es gerade, `individuelles Leben zu opfern`, denn dies ist ja die Verletzung von Menschenrechten. Der `Kalkül des Lebens`, den Hayek anstellt, klagt stattdessen die Verteidigung von Menschenrechten als ein Hindernis auf dem Weg, `eine größere Zahl anderer Leben zu retten`.* Die Vernichtung ganzer Länder und die Ausrottung von Bevölkerungen werden so in einen möglichen Dienst an der `Gattung Menschheit` und an den Menschenrechten verkehrt, womit die Menschenrechte als Gegenwart der Menschenwürde aufgelöst und in einen einfachen Mythos verwandelt werden. (aus: Ulrich Duchrow und Franz Josef Hinkelammert, *Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums*, Oberursel 2002, S. 89 f.; Ulrich Duchrow, Reinhold Bianchi, René Krüger, Vincenzo Petracca, *Solidarisch Mensch werden - Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung*, Hamburg 2006, S. 36, 52)

- 2) zitiert nach Elke Schenk, *Das Ende der Demokratie*. Power-Point- Vortrag gehalten am 13.3.2014 in Schwäbisch Hall, S. 8 – *Elke Schenk ist Sozialwissenschaftlerin*
- 3) Ulrich Duchrow, *Supermarkt und Supermacht Europa*. Der europäische Verfassungsvertrag in historischer Perspektive, in: *Attac EU-AG Stuttgart und Region* (Hrsg.), *EU global – fatal ?!* Ergebnisse der Europa - Konferenz Stuttgart 4./5.März 2005, S. 35 ff – *Ulrich Duchrow ist emeritierter Professor für Theologie an der Universität Heidelberg – vgl. Christian Zeller (Hrsg.) Die globale Enteignungsökonomie, Münster 2004* - „Der Kapitalismus versucht seine Krise durch eine neue Form der Expansion zu lösen: Enteignung. Private Personen oder Kapitalgruppen eignen sich globale oder öffentliche Güter an. Die neue Enteignungsökonomie könnte mit einer alten verglichen werden: In der Frühphase des europäischen Kapitalismus fand die ursprüngliche Akkumulation auf ähnliche Weise statt, indem den Dörfern ihre Allmende (Kollektiveigentum an öffentlichen Ressourcen: Felder, Weiden, Fischteiche) genommen wurde. Die Einhegung großer, vorher offen zugänglicher Weideflächen ermöglichte erst die Akkumulation von Kapital in den Händen weniger, die es in die frühe Industri-

alisierung investierten. Elmar Altvater führte bei einem Workshop des Weltsozialforums 2005 in Porto Alegre aus, wie sich dieser Vorgang heute im Bereich des Biowissens und des kulturellen Erbes wiederholt. (...) Manchmal ist diese Aneignung schlichtweg Raub, oft aber verläuft sie subtiler und erscheint als 'normaler' Teil des kapitalistischen Alltags. Wieso Enteignung ? (...) Eine Möglichkeit der Enteignung ist hier etwa die Enteignung der Arbeiterschaft von ihren eigentlich ohnehin erst recht jungen Arbeitsrechten. So kommt es heute in vielen Länder zu einer substantiellen Erhöhung der Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse. Gleichzeitig haben die Bretton Woods-Institutionen (Internationaler Währungsfonds, Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung - 'Weltbank') eine neue Strategie gewählt: Die Länder des Südens sollen nun mehr Eigentümerschaft für ihren Entwicklungsprozess übernehmen. Gemeint ist, dass die Staaten die geforderten Enteignungsverfahren nun selbst in die Hand nehmen. Wohin mit all dem Kapital ? Jörg Huffschmid, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates von Attac-Deutschland, ergänzte, dass Enteignung als Antwort auf dreierlei ökonomische Prozesse zu verstehen sei. Erstens bestehe die Notwendigkeit, neue Investitionsfelder zu finden. Akkumuliertes Kapital müsse reinvestiert werden und daher sind neue Investitionsfelder zu erschliessen, für die sich bislang die Frage nie gestellt habe, ob sie privat oder öffentlich seien. Zweitens gebe es einen Mangel an öffentlichen Mitteln zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen. Dieser Mangel sei zunächst künstlich durch Kürzungen der Unternehmensbesteuerung hergestellt worden. Dies zwingt die öffentliche Hand dazu, öffentliche Infrastruktur zu verkaufen. Drittens seien öffentliche Dienstleistungen ins Visier der Kritik geraten, weil sie selten wirklich gut funktionieren. Dies wiederum sei das Ergebnis einer langjährigen Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors. Enteignung ist das wesentliche Element, um eine Rücknahme all dessen durchzusetzen, was in den letzten Jahrzehnten als Fortschritt erreicht wurde. Elmar Altvater machte darauf aufmerksam, dass kaum jemals eine Privatisierung ohne Korruption verwirklicht werde. (...) *Biowissenschaften*-Ulrich Brand, Mitarbeiter der Bundeskoordination Internationalismus (Buko), wies in seinem Beitrag auf die Bedeutung hin, die die Biowissenschaften in den letzten 20 Jahren gewonnen haben. Diese stünden vor der Situation, dass sie auf eine möglichst große Biodiversität (Vielfalt des Lebens) angewiesen seien, um aus dieser industriell verwertbare Elemente herauszufinden. Hier würden insbesondere jene bäuerlichen Kulturen interessant, die nicht in die 'Grüne Revolution' integriert wurden, also jene Umwandlung traditioneller Landwirtschaften in eine ertragsreichere, ökonomisch betriebene Landwirtschaft nicht vollzogen, die nur mit starkem Einsatz von Pestiziden und Düngemittel möglich ist. Die 'Grüne Revolution' hat in ihrem Bereich aber zu einer Minimierung der Sorten geführt. Biodiversität muss also ausserhalb gesucht werden. Im rechtlichen Konflikt gehe es darum, einen Zugang zur Biodiversität zu sichern. Der Pharmakonzern Sandoz möchte etwa in Chiapas forschen und sich die Rechte an den 'entdeckten' Sorten sichern.“ (aus: Gerald Faschingeder, Die globale Enteignungsökonomie, <http://www.pfz.at/article194.htm>)

Am Beispiel von Portugal ist erkennbar wie die „Enteignungsökonomie“ in Europa funktioniert. Paulo de Morais, Vizedirektor einer Tochterorganisation von *Transparency International*: „Wenn es im Laufe von 20 Jahren ständig eine Anzahl von Personen in der Politik und in der Verwaltung gab, deren Aufgabe es eigentlich sein müsste, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, die dann aber damit beschäftigt sind, Geldmittel in die ihnen nahestehenden Unternehmensgruppen zu pumpen, ist es offensichtlich, dass es dafür nur eine Bezeichnung gibt, nämlich Korruption. Wenn wir über all diese Fälle sprechen, sprechen wir über viele Milliarden Euro, die aus den öffentlichen Kassen in private Taschen geflossen sind. Bezahlen müssen das die Bürger, die die Löcher im Staatshaushalt stopfen.“ Der bekannte portugiesische „Wirtschaftsprofessor Francisco Louca sagte mir dazu: 'Der höchste Grad der Korruption steht im engsten Zusammenhang mit dem Privatisierungsprozess, seit die diversen Bieter (...) ihre Verbindungen zu hochrangigen Mitgliedern der Sozialdemokraten und Sozialisten benutzt haben, um begünstigt zu werden. Dafür wurden die Repräsentanten dieser

Parteien später in die Führungsebenen der privatisierten Firmen übernommen.' (...) Wenige wissen, dass in Portugal jene Gesetze, die starke Auswirkungen auf Unternehmen haben, vom Parlament nur noch durchgewunken werden. Die Regierung vergibt an einflussreiche Anwaltskanzleien als Subunternehmer den Auftrag, Gesetzestexte für Bereiche wie Städtebau, Stadterneuerung und öffentliche Auftragsvergabe, die von hoher wirtschaftlicher Relevanz sind, zu entwerfen. Die Kanzleien formulieren nicht nur die entsprechenden Vorlagen, sondern liefern später Gutachten darüber an große Unternehmen, um ihnen die darin enthaltenen Schlupflöcher aufzuzeigen. Das bedeutet, dass diese Anwaltskanzleien als Beauftragte der Regierung und durch das Formulieren von Gesetzen (eigentlich Aufgabe der Parlamentarier) zugleich Einfluss auf die Legislative haben, was dem demokratischen Prinzip der Gewaltenteilung widerspricht.“ (zitiert nach J. Roth, a.a.O., S. 219-221) – Dass es sich hierbei keineswegs um eine portugiesische Spezialität handelt, deckte das ARD-Politikmagazin *Report Mainz* am 6.10.2003 auf: Das Bundesfinanzministerium beschäftigte dem Bericht zufolge Mitarbeiter von deutschen Banken. Es handelte sich dabei um einen vom Bundesverband deutscher Banken abgeordneten Mitarbeiter der Dresdner Bank und einen Juristen der Deutschen Bank und einen Juristen der Deutschen Börse. Die Bankmitarbeiter waren zeitlich befristet an das Finanzministerium abgeordnet, wurden aber weiter von den Banken bezahlt. Sie waren insbesondere auch in die Vorbereitung von Gesetzesvorhaben der Bundesregierung eingeschaltet. Bis August 2003 war in derselben Art und Weise auch eine Juristin des Bundesverbands Investment und Asset Management (BVI) im Finanzministerium beschäftigt. Die Juristin arbeitete am Entwurf des Investmentmodernisierungsgesetzes, also einem Gesetz, das den Vorstand selbst betraf. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Investment und Asset Management, Stefan Seip, bestätigte gegenüber „Report Mainz“ den Sachverhalt (aus: Presseinformation „Report Mainz“, 6.10.2003) – Aber die „richtig dicke“ Enteignung der Deutschen via Privatisierung erfolgte durch die „Treuhand“ . Albrecht Müller (von 1973 bis 1982 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt) machte mich in einem Gespräch in Schwäbisch Hall auf die einzige Quelle über den Vorgang, die je in die Öffentlichkeit kam, aufmerksam. Daraus folgender Auszug: *„Der Bundesrechnungshof hat in jahrelanger Puzzlearbeit die vielen Seltsamkeiten bei der Abwicklung des DDR-Bankensystems untersucht. Der Bericht wurde als 'streng vertraulich' eingestuft. Es heißt darin unter anderem: Die Treuhandanstalt, (...) und das Bundesfinanzministerium hätten Steuergelder in Milliardenhöhe verschleudert, weil sie sich bei der Veräußerung der ehemaligen DDR-Banken an westdeutsche Kreditunternehmen von diesen hätten übervorteilen lassen. Bei Geschäftsbesorgungsverträgen mit der Deutschen Bank und der Dresdner Bank sei es zu Unregelmäßigkeiten gekommen, bei den Verkaufsverhandlungen der von den Banken gegründeten Joint-Venture-Unternehmen seien sogar 'erpresserische Methoden' angewandt worden. Banker wäre damals bestimmt so mancher gerne gewesen, leichter konnte man Geschäfte kaum machen. Die Berliner Bank zum Beispiel kaufte die aus der DDR-Staatsbank hervorgegangene Berliner Stadtbank für 49 Millionen Mark. Sie erwarb damit zugleich durch den Staat garantierte Altschuldenforderungen in Höhe von 11,5 Milliarden Mark – das 235-fache des Kaufpreises. Die Genossenschaftsbank West kaufte die Genossenschaftsbank Ost für 120 Millionen Mark und erwarb Altschuldenforderungen von 15,5 Milliarden Mark. Die Westdeutsche Landesbank Girozentrale zahlte für die Deutsche Außenhandelsbank 430 Millionen Mark, also eine knappe halbe Milliarde, und bekam dafür Altschuldenforderungen über sieben Milliarden Mark. Und so weiter. Die westdeutschen Banken mussten zwar auch Verbindlichkeiten übernehmen. Aber allein die Zinsen auf die übernommenen Altschulden reichten, um den Kaufpreis auszugleichen. Dass die DDR-Zuweisungen in marktwirtschaftliche Schulden umgewandelt wurde, hat nicht nur die westdeutschen Banken zu Einheitsgewinnern gemacht, sondern auch große Teile der ostdeutschen Wirtschaft in Abhängigkeit gebracht, mindestens das. Für viele betroffene Unternehmen, die sich plötzlich mit astronomischen Rückzahlungsforderungen und rasant steigenden Zinsbelastungen konfrontiert sahen, bedeutete es den Ruin. Sie verfügten wegen der Zwangsabführung ihrer Gewinne über keinerlei Rücklagen, wurden von der Treuhand als nicht sanierungsfähig eingestuft und abgewickelt. Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass die*

*Banken durch die garantierte Erstattung ihrer Forderungen aus dem Erblastentilgungsfonds quasi vom Staat subventioniert wurden. Man könnte auch von Zuwendungen sprechen, oder von Krediten im Sinne der Planwirtschaft. Und wie es in der Planwirtschaft gewöhnlich war, konnten auch die Westbanken mit ihren zusätzlichen Milliarden nicht viel Gutes anfangen. Sie stehen heute, international gesehen, eher schlecht da. Als das Bundesverfassungsgericht über die Altschulden befinden musste, wand es sich in Widersprüchen. Die Richter billigten der Bundesregierung am Ende aber einen weit gehenden Ermessensspielraum zu, wegen der historisch einmaligen Situation. Für die Währungsunion gab es kein brauchbares Vorbild, aus dem Erfahrungen abzuleiten waren. Viel Zeit war auch nicht. Was also bleibt ? Wie einige mit Blick auf die DDR bis 1989 sagen, es sei nicht alles schlecht gewesen, lässt sich so auch die Politik der Währungsunion betrachten. Es war nicht alles schlecht. Manches schon.“ (aus: Schulden ohne Sühne: Wie sich westdeutsche Banken auf unsere Kosten an fiktiven DDRKrediten bereicherten, von Lorenz Maroldt, Chefredakteur des Berliner *Tagesspiegel*, erschienen am 1. Juli 2005).*

„Im Bericht der Treuhand per 31.12.1994 wurde im Ergebnis ihrer vierjährigen Tätigkeit zur Transformation des ehemaligen Produktiveigentums der DDR folgende Abrechnung vorgelegt:

Aufkommen

73 Mrd DM Privatisierungserlöse

264 Mrd. DM Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt

337 Mrd. DM insgesamt

Verwendung

101 Mrd. DM Altkredite (dar. 26 Mrd. DM Zinsen)

44 Mrd. DM ökologische Sanierung

154 Mrd. DM unternehmerisch-finanzielle Sanierung (einschließlich Übernahme der Kosten bei Stilllegung und Privatisierung aus der Abwicklung)

38 Mrd. DM sonstige Kosten

337 Mrd. DM insgesamt

Das heißt: aus dem Kapitalstock der Volkswirtschaft der DDR – unabhängig davon, ob man ihn mit 1 Billion oder 600 Milliarden DM (Rohwedder) annimmt, wurde im Ergebnis der Tätigkeit der Treuhandanstalt unter der Leitung von Birgit Breuel ein Schuldenberg von rd. 260 Mrd. DM ! Es ist der entscheidende Teil des sog. ´Erblastentilgungsfonds`, der insgesamt mit rd. 400 Mrd. DM angegeben wurde. Das zweite Debakel von grundsätzlicher Dimension bei der Transformation einer staatssozialistischen Wirtschaft in die Marktwirtschaft ist die Tatsache, dass nach vorliegenden Analysen 85 % dieses ehemaligen ´volkseigenen` – oder staatseigenen - Produktivvermögens im Zuge der Privatisierung an westdeutsche Eigentümer, 10 % an Ausländer und nur ganze 5 % an Ostdeutsche gingen.“ (aus: Siegfried Wenzel, Was war die DDR wert ? Und wo ist dieser Wert geblieben ? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2006, S. 171) – vgl. dazu: Frontal 21. Dokumentation „Beutezug Ost – Die Treuhand und die Abwicklung der DDR“ (ZDF, 14.9.2010) – Übrigens – das deutsche Wort „privatisieren“ geht auf das lateinische Wort „privare“ zurück und bedeutet: „berauben“ !

- 4) Der ökonomische Putsch oder: Was hinter den Finanzkrisen steckt. Von Roman Herzog (Deutschlandfunk, 20.4.2012, 19.15-20.00 Uhr
<https://www.youtube.com/watch?v=2xti7mN2cM4>)

„Im vierten Stock der ITUC arbeitet das Forschungsinstitut ETUI des Europäischen Gewerkschaftsbunds, mitfinanziert von der Europäischen Union. Direktor der Abteilung für Bildung ist der 61-jährige Portugiese Ulisses Garrido, Gewerkschafter seit 1980. Er soll beurteilen können, ob man tatsächlich von einem Putsch sprechen kann oder ob das nicht eine Verschwörungstheorie ist. *‘Das ist keine Verschwörungstheorie ! Für mich ist es ein Putsch. Warum sage ich das so eindeutig ? Weil es die Synthese dessen ist, was wir hier in Europa erleben, eine Attacke auf den Sozialstaat. Was erreicht werden soll, ist eine komplette Veränderung der Gesellschaft, ohne dass die Bevölkerung darüber mitentscheiden kann. Es ist eine ideologische Revolution, ein stiller Putsch – zweifellos.‘*“

(Jürgen Roth, Der stille Putsch. Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt, München 2014, S. 23) – vgl. Anmerkung 21

- 5) zitiert nach <http://deinweckruf.wordpress.com/2010/11/18/zitat-der-woche-teil16-warren-buffett>
- 6) Jürgen Roth, a.a.O., S. 85-89, 91,103- 105
- 7) Susan George, Macht ohne Rechenschaft: Der globale Lobbyismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2014, S. 89f. – *Susan George, geb. 1934 in Akron/USA, ist Politikwissenschaftlerin und Philosophin, ehem. Vizepräsidentin von Attac Frankreich, Mitbegründerin des International Institute in Amsterdam*
 Achtzig Prozent der TABD-Empfehlungen sind von der EU-Kommission und der US-Regierung aufgenommen worden..
 Aber schon seit Anfang der 1990er Jahre betrieben europäische und US-amerikanische Konzerne und Lobbyorganisationen eine transatlantische Freihandelszone. Treibende Kraft war das Transatlantic Policy Network (TPN) (Mitglieder: Bertelsmann, Boing, Dow-Chemical, JP Morgan, Nestle, Daimler, Deutsche Bank, Microsoft und Abgeordnete des EU-Parlaments und des US-Kongresses) . Auf Initiative von Elmar Brok verabschiedete das EU-Parlament 2004 eine Resolution für einen transatlantischen Binnenmarkt. Die Resolution deckt sich wörtlich mit der „Strategy to Strengthen Transatlantic Partnership“, die das TPN im Dezember 2003 veröffentlichte. Brok war deren Vorstandsmitglied (aus: Elke Schenk, Das Ende der Demokratie. Power-Point-Vortrag, gehalten am 13.3.2014 in Schwäbisch Hall, S.9 - 11 - Vgl. die Vorgeschichte von TTIP, das gescheiterte MAI-Abkommen: Maria Mies, Claudia von Werlhof (H.), Lizenz zum Plündern. Das Multilaterale Abkommen über Investitionen „MAI“, Hamburg 1989.
- 8) “Im Dezember 2013 gelangte ein internes EU-Papier an die Öffentlichkeit, aus dem hervorging, dass die Kommission bereit wäre, im Rahmen des Handelsabkommens künftig ein europäisch-amerikanisches Gremium einzurichten, einen Regulierungsrat, dessen Arbeits-gruppen auch Wirtschaftsvertreter von beiden Seiten des Atlantiks angehören sollen. Die EU-Kommission nennt das: ‘regulatorische Kooperation’. Der ZEIT liegt dazu ein weiterer geheimer Entwurf der Kommission vom 5. März vor. Demnach soll ‘der jeweils andere` konsultiert werden, wenn Maßnahmen dessen Marktteilnehmer berühren`.
 Das würde bedeuten: Bevor das Europäische Parlament oder die Regierung in Berlin von neuen Brüsseler Verordnungen erfährt, wären die USA bereits informiert. Die Amerikaner wären sozusagen offizieller Teil der europäischen Demokratie. (...) Das Konzept der EU-Kommission für den sogenannten Regulierungsrat lag nahe an den Vorschlägen der Industrievertreter. Die EU-Forderungen zum Finanzmarkt hätten die Banken selbst nicht besser formulieren können, wie kürzlich ein britischer Bankenvertreter in einem Blog-Eintrag lobte. In einer TTIP-Stellungnahme an die EU-Kommission hatte der Bundesverband deutscher

Banken detailliert aufgelistet, welche amerikanischen Finanzmarktrefor­men mithilfe von TTIP zu lockern oder zu beseitigen seien. Vorsitzender des Bundesverbandes ist Jürgen Fitschen, Co-Chef der Deutschen Bank. Schreibt die EU-Kommission tatsächlich aus Industriepapieren ab ? Man kann darüber nur Mutmaun­gen anstellen. Verhandlungstexte, erste Entwürfe, Positionspapiere, all das hält die Kommission unter Verschluss. Selbst die Beamten der Mitgliedsstaaten bekommen kaum Einblick in die Dokumente. Ein interner Bericht, den ein deutscher Diplomat am 10. Juni an die Berliner Ministerien geschickt hat und der der ZEIT vorliegt, beschreibt das so: Die Kommission beabsichtige, die neuesten Vertragsentwürfe den Vertretern der Mitgliedsstaaten lediglich ´jeweils einen halben Tag lang` zur Einsicht vorzulegen. KOM informierte, dass spätestens in zwei Wochen ein Leseraum eingerichtet werde. Die Zahl der Leseplätze sei begrenzt´ Mit KOM ist die EU-Kommission gemeint. Weiter heißt es in dem Bericht, technische Hilfsmittel wie Smartphones, Laptops und Aufnahmegeräte seien in dem Leseraum verboten, um jegliche Aufzeichnung der Texte zu verhindern. Bei den Anmeldungen gelte ´das Windhund-Prinzip`. Soll heißen: Wer zu spät kommt, hat Pech“ (Heike Buchter, Petra Pinzler und Wolfgang Uchatius, Was handeln wir uns da ein ? Der größte Wirtschaftsdeal aller Zeiten: Das Freihandelsabkommen TTIP könnte Hormonrinder und Chlorhühner aus Amerika zu uns bringen. Es verspricht niedrige Preise, gibt den US-Konzernen aber eine gefährliche Macht, in: DIE ZEIT Nr. 27, 26. Juni 2014, S. 15) - Vgl. den Brief der EU-Kommission an *Business Europe* vom Februar 2013: „The Commission Representative thanked Business Europe for the ´very useful inputs und contributions. (...) I hope I can continue to count on your input und support throughout the negotiations“.

(What are you hiding ? 17.2.2014 www.corporateeurope.org)

- 9) Quelle: [http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-564_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-564_de.htm)
- 10) Andreas Zielke, Sieg über das Gesetz. Was hat das Abkommen zum Investitionsschutz zwischen den USA und Europa mit der Amputation der Ukraine zu tun ? Oder mit der Überwachung der NSA ? Die neue Weltordnung entstellt das Recht und hebelt die Demokratie aus, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 100, Freitag, 2. Mai 2014, S. 11
- 11) Die Industrie fordert ganz ungeniert den Vorrang für Investorenrechte gegen öffentliche Interessen und Allgemeinwohl: „Industry will oppose any deal in which investment protection is traded off (abwägen, U. Gierschner) against public policy objectives, including human an labour rights“ (Pascal Kernels, European Services Forum *ESF*, zitiert nach E. Schenk, a.a.O., S. 39)
- 12) vgl. den regionalen Fall der Putenschlachtereier in Rot am See, die kurzerhand Insolvenz anmeldete, ihre Belegschaft – auf Kosten des Steuerzahlers – in die Arbeitslosigkeit schickte, nur um unter einem anderen Namen – mit importierten Billigarbeitskräften – weiterzumachen. Früher gab es einmal – oder gibt es den heute auch noch ? – den Tatbestand des betrügerischen Konkurses !
- 13) Kein Sanktionsmechanismus bei Verstößen gegen Umwelt-, Sozial- und Arbeitsnormen – „Die EU- Dienstleistungsrichtlinie ist ein Beispiel, wie so etwas aussehen kann:
 - uneingeschränkt geltende Niederlassungsfreiheit (Marktzugang) für Dienstleistungsanbieter
 - noch nicht einmal Ausnahmen zur Abwehr von Missbrauch sind zulässig
 - es gilt das Herkunftslandsprinzip, also das Land, in dem der Dienstleistungsanbieter seine Niederlassung, i.S.v. Briefkasten, hat.
 - Missbrauch der Niederlassungsfreiheit kann nicht verfolgt werden, da die Dienstleistungsrichtlinie keine Meldepflichten vorsieht“ (E. Schenk, a.a.O., S. 45f.)

- 14) A. Hagelüken und J. Goetz führten am 20. Juni 2014 unter der Überschrift „USA greifen nach Kontodaten europäischer Bürger. Vertrauliche Verhandlungen über globalen Wettbewerb bei Dienstleistungen wecken Sorge um Datensicherheit“ in der *Süddeutschen Zeitung* aus:
 „ (...) EU-Parlament und Regierungen hatten vor einigen Jahren monatelang verhandelt, um den Abfluss europäischer Kontodaten beim Zahlungsverkehrssystem Swift zu stoppen. Setzen sich die USA nun beim Tisa-Abkommen durch, könnten europäische Kontodaten doch wieder in Amerika landen.“
- 15) Wolf Jäcklein verweist diesbezüglich auf den auf Seite 19 in derselben Ausgabe von *Le monde diplomatique* erschienen Artikel von Benoit Bréville und Martine Bulard „Profit als höchstes Rechtsgut – Bislang geht der Investorenschutz auf Kosten des globalen Südens. Nach den Tafta-Regeln wird es alle treffen“
- 16) „Ebenso kritisch ist eine Klausel, die sich mit Notfallmaßnahmen gegen Finanzkrisen oder zum Schutz der Sparer beschäftigt. Solche Vorschriften dürfen laut dem bisherigen Tisa-Artikel 17 nicht dazu führen, dass ein Land seine Pflichten zur Marktöffnung vernachlässigt. Das könnte ein Einfallstor für milliardenschwere Klagen auf Schadenersatz sein. Die EU-Kommission streitet das zwar ab. Gesetze zur Kontrolle der Finanzmärkte seien höchstens im Ausnahmefall vom Tisa-Abkommen betroffen. Doch Skeptiker wie Sven Giegold sehen das anders: ‚Künftig handelt sich eine Regierung leicht eine Klage ein‘. Eine Regierung müsse künftig bei jedem Gesetz zur schärferen Kontrolle der Finanzmärkte beweisen, dass dieses den Freihandel nicht bremse. ‚Es wird schwerer, die Finanzmärkte zu zähmen‘, bilanziert Giegold. Es gibt einen Präzedenzfall für Schadenersatzforderungen in diesem Bereich. Der chinesische Investor Ping An verklagt den belgischen Staat, nachdem dieser in der Finanzkrise 2008 die Fortis Bank durch Verstaatlichung vor der drohenden Pleite gerettet hatte.“ (A. Hagelüken; J. Goetz, „USA greifen nach Kontodaten europäischer Bürger. Vertrauliche Verhandlungen über globalen Wettbewerb bei Dienstleistungen wecken Sorge um Datensicherheit“ in : *Süddeutsche Zeitung*, 20.6.2014)
- 17) Steffen Stierle, Mehr Macht für Konzerne und Banken, in: Publik Forum – Dossier, April 2014, S. 6
- 18) Hat Marx im Blick auf die von ihm diagnostizierte Krisenanfälligkeit des Kapitalismus einerseits die Fähigkeit des Gesamtkapitals Verwertungskrisen gegenzusteuern und damit seine Vitalität zu behaupten, heruntergespielt, so hat er andererseits subjektive Faktoren verkannt und unterschätzt: „Was Marx zu seiner Zeit nicht sah (und wahrscheinlich auch nicht sehen konnte), ist, dass die Warenform mit jeder neuen Generation kapitalistisch sozialisierter Individuen sich tiefer in deren Bedürfnis- und Triebstruktur einsenkt. Man darf wohl sagen, dass nach 150 Jahren Kapitalismus in den westlichen Ländern die Warenform konstitutionell zur psychischen Ausstattung des modernen Menschen gehört. Die Warenförmigkeit, d.h. das schlecht Allgemeine, hat sich immer maßloser nicht allein der Dingwelt bemächtigt, sondern mehr und mehr auch der Sozialbeziehungen und deren psychischer Substrate. Alle Sozialbeziehungen, keineswegs nur die zwischen der Ware Arbeitskraft und dem Kapital, sondern auch die zwischen den abhängigen Individuen selber, etwa zwischen den Geschlechtern, erscheinen zunehmend als solche zwischen Waren, d.h. zwischen Dingen – Menschen werden im Modus der Dinglichkeit wahrgenommen, man kann sie wie einen Gegenstand kaufen, konsumieren und wegwerfen. Das Übergreifen der Warenform auf alle gesellschaftlichen Bereiche bis hinein in die Seele des Menschen dürfte einer der mächtigsten Faktoren sein, die auf der Seite der Subjektivität verhindern, dass diese das Kapitalverhältnis ernsthaft infrage gestellt. Die soziologische Rede von der ‚Consumer Society‘ hält, wenn auch blind für die nach wie vor bestehenden Ausbeutungsverhältnisse, den Sachverhalt fest, dass die Gesellschaftsmitglieder der reichen westlichen Länder in historisch nie gekannter Weise dem Konformismus eines schier grenzenlosen Konsumbedürfnisses huldigen. Ohne Übertreibung

lässt sich feststellen, dass die Ware Arbeitskraft dank dem relativen Luxus, den sie sich in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften zu leisten vermag, heute zu den verlässlichsten Stützen des Systems gehört. Es bedarf keiner raffinierten Manipulationsstrategien mehr, die Individuen bei der Stange zu halten; sie bleiben von sich aus dabei. Oder um Fernand Braudel zu zitieren: `Auch wenn der Kapitalismus ein Privileg von wenigen ist, so ist er doch nicht ohne die aktive Komplizenschaft der Gesellschaft denkbar (...). In gewisser Weise muss die gesamte Gesellschaft mehr oder weniger bewusst die kapitalistischen Werte akzeptieren.`“

(aus: Ossip K. Flechtheim / Hans-Martin Lohmann, Marx zur Einführung, Hamburg 1991, S. 118 f.)

Marx Analyse ist unter den heutigen Rahmenbedingungen aber auch deshalb unzureichend, insofern zum einen die dem Kapital gegenüberstehende Mehrheit der Menschen nicht mehr im „Stande“ der Arbeiter ist, sondern – global betrachtet - aus der formalen Wirtschaft *ausgeschlossen* sind. Zudem wirkt der Neoliberalismus – insbesondere hinsichtlich der Umweltzerstörung - auf *alle Menschen* zerstörerisch. Aber zentral für alle ernsthafte Arbeit an Alternativen bleibt die Frage, wie alle die potentiellen Widerstandskräfte sich zu dem materiellen Grundwiderspruch des Kapitalismus verhalten: (Kapital-) Eigentümer versus Arbeitende und Erde.

(aus: Ulrich Duchrow, Reinhold Bianchi, René Krüger, Vincenzo Petracca, Solidarisch Mensch werden – Psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung, Hamburg 2006, S. 79f.) – *Reinhold Bianchi ist Psychoanalytiker; René Krüger ist Professor für Theologie in Buenos Aires; Vincenzo Petracca ist Pfarrer.*

19) ebd.

20) **Zum CETA** – (von Harald Klimenta) „Zwischen Kanada und der EU wurde über vier Jahre hinweg ohne großes öffentliches Aufsehen ein ´umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen´ verhandelt: die Abkürzung CETA steht hierbei für *´Comprehensive Economic and Trade Agreement´*. Im Oktober 2013 verkündeten der EU-Kommissionspräsident Barosso und der kanadische Premier Harper den Pakt – trotzdem werden die Papiere nicht veröffentlicht, da noch ´letzte Abstimmungen` getätigt werden müssten. Durch die Geheimverhandlungen zu einem EU-US-Handelspakt rückt nun auch CETA vermehrt ins Augenmerk der kritischen Öffentlichkeit. _Zunächst geht es bei allen Handelspakten und auch bei diesem um die Ausdehnung des Handels durch Zollsenkungen und die Verringerung von Einfuhrbeschränkungen, von denen noch viele bestehen. In der Landwirtschaft und der Fischerei, aber auch in der Automobilindustrie werden Zölle schlagartig auf Null sinken oder es werden Übergangszeiträume definiert. Das CETA legt wie jedes Freihandelsabkommen haarklein fest, wie hoch welche Zölle in welchen Bereichen sein dürfen und wo welche Mengenbeschränkungen existieren. Dieses für jedes Freihandelsabkommen übliche Vorgehen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dadurch Staatseinnahmen wegfallen und der Standortwettbewerb verschärft wird. Jeder Handel zwischen unterschiedlichen Staaten oder gar Kontinenten führt unweigerlich dazu, dass unterschiedliche Lohnniveaus, Arbeitsschutzstandards und Steuerbelastungen der Unternehmen wie deren Beschäftigte und Eigentümer, unterschiedliche technische Standards, Verbrauchergewohnheiten, Zulassungs- und Kennzeichnungspflichten, unterschiedliche Regeln zu Patent- und Markenschutz, und und und, zusammentreffen. Dieser Standortwettbewerb führt per se dazu, dass sich billigere, einfachere, schnellere, weniger umsichtige und umweltschädlichere Prozesse durchsetzen, wenn sie nicht subventioniert oder – weil in Handelsverträgen festgelegt – auf einem hohen Niveau angeglichen werden sollen. Jeder Handelspakt verschärft den Standortwettbewerb, damit ist ein Leidtragender immer schon

ausgemacht: Die Beschäftigten, es sei denn, starke Gewerkschaften (die jedoch durch Freihandelsverträge immer indirekt geschwächt werden) erkämpfen umfangreiche Sozialsysteme und Auffangnetze und setzen auf allen Seiten Schutzstandards durch, um die Härten abzufedern; und wenn es zu neuen Jobs in ausreichender Zahl kommt. Nur letzteres wird beim CETA versprochen – aber versprochen wird viel und die Erfahrung zeigt, dass es meist nur zu Jobverlagerungen kommt und manchmal auch zu Jobabbau.

Investitionsschutzregeln

Das CETA soll wie auch alle anderen neueren Handelspakete ein Investor-Staat-Streit-schlichtungsmechanismus (*Investor-state-dispute-settlement* (ISDS)) beinhalten. Hierbei kann ein Konzern, wenn der Wert seiner Investition durch staatliches Handeln gemindert wird, diesen vor einer Schiedsstelle auf Schadensersatz verklagen. Obwohl in einem Anhang geklärt werden soll, dass eine nicht diskriminierende, gutgläubige Gesetzesänderung der Regierung, die die Gewinnerwartung von Konzernen reduziert, in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit und Umwelt keine indirekte Enteignung von Investoren darstellt und die Regeln nur für zukünftige Investitionen gelten, untergräbt die Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit den demokratischen Souverän und die bestehenden Rechtssysteme der Vertragsstaaten. Es ist einerlei, dass im CETA-Vertrag festgeschrieben werden soll, dass der Aufruf eines Schiedsgerichts öffentlich gemacht werden muss und interessierte Kreise Eingaben machen können und gehört werden müssen. Denn der ISDS ist ein den gegenwärtigen Machtverhältnissen entspringendes Übel, dass Konzerne jenseits der ordentlichen Gerichtsbarkeit gegen demokratische Staaten klagen dürfen. 1. wird hier einem öffentlichen Rechtssystem ein privates, von internationalen Anwaltskanzleien beherrschtes Rechtssystem anheim gestellt. werden in Kanada wie auch in der EU die jeweils ausländischen gegenüber den inländischen Konzernen bevorzugt, da die Regeln nur für ausländische Konzerne gelten. 2. finden die Verhandlungen im Geheimen statt, es gibt keine Revisionsmöglichkeiten und Rechenschaftspflichten. 3. gilt dieses Klagerecht nur für Konzerne und nicht für Staaten. Offenbar wird nicht einmal der geforderte Passus des EU-Parlaments, dass ein Konzern zuerst den ordentlichen Rechtsweg vollständig ausschöpfen muss, ehe es ein Schiedsgericht aufrufen darf, in das Vertragswerk eingeführt. **Interessant in diesem Zusammenhang sind noch zwei weitere, sehr diffuse Definitionen:** Als klageberechtigt werden juristische Personen bezeichnet, die: *'seek to make, are making, or have made an investment.'* D. h.: bereits wer sich nur hinreichend um eine Investition bemüht, wird klageberechtigt. Natürlich genügt nicht ein simpler Wille für eine Investition, es muss bereits ordentlich Geld geflossen sein, also für ein Unternehmen ein hinreichend großer Schaden entstanden sein (etwa der Erwerb irgendwelcher Lizenzen, um auf deren Basis Investitionen zu tätigen, und nachfolgender Gesetzesänderungen, die diese Investitionen verhindern). Dennoch ist unklar, ob diese Formulierung nicht in anderen Zeiten auch zu Missbrauch führen kann. Zur Versachlichung der Debatte folgende Bemerkung: Nicht klageberechtigt ist ein Unternehmen, welches *'is owned or controlled by an investor of the other Party or of a non-Party and the enterprise'* ... oder ... *'has no substantial business activities'*. Ebenso findet sich in einem geleakten Dokument: *'Investor does not mean: (...),,A branch or representative office of an enterprise of a Party or a non-Party'*. In einem weiteren geleakten Dokument finden sich andere sehr deutliche Beschreibungen, aus welchen eindeutig hervorgeht, dass es nicht im Sinne der Verhandlungsführer ist, dass nun z. B. US-Konzerne mit Zweigstellen in Kanada bei irgendwelchen Investitionsstreitigkeiten die EU oder deren Mitgliedsstaaten verklagen könnte. Es ist den Verhandlungsführern durchaus zuzutrauen, dass sie juristisch wasserdichte Formulierungen gefunden haben, damit nur kanadische Konzerne, die unabhängig von US- oder europäischen Kapitalinteressen Investitionsentscheidungen in EU-Gebieten treffen, klageberechtigt sind (und umgekehrt). Es wäre auch aus der Sicht der EU strategisch ungünstig, hier nicht wasserdicht zu formulieren: Denn sonst würde CETA die Verhandlungsposition der Europäer bei den Verhandlungen zum EU-USA-Handelspakt schwächen.

Die Bedeutung von CETA für Fracking Im CETA ist festgelegt, dass Investitionen, die vor Inkrafttreten des Vertrags stattfanden, nicht in den Zuständigkeitsbereich fallen – das ISDS gilt nicht rückwirkend. Deshalb ist ein Frackingverbot, das von Ländern der EU vor Vertrags-

abschluss beschlossen wird, unproblematisch. Bei Ländern mit unklarer Rechtslage, bei denen z. B. kein Fracking-Gesetz besteht und die bereits Lizenzen vergeben haben, könnten Unternehmen danach zum Beispiel in Probebohrungen (oder deren Vorbereitungen dazu) investieren und bei einem späteren Verbot von Fracking auf Schadensersatz klagen – was in diesen Fällen den Widerstand gegen Fracking wesentlich aufwändiger werden lässt. Noch eine allgemeine Bemerkung: An den von Kanada bezüglich öffentlicher Ausschreibungen durchgesetzten Ausnahmen (u. a. Gesundheitswesen, für Public-Private-Partnerships, im Energiebereich oder bei der Forschung und Entwicklung) erkennt man sehr genau, dass ein Freihandelsabkommen immer nur so weit gehen kann, wie die öffentlichen Diskurse bei den Vertragsparteien dies zulassen – und Europa ist hier bereits deutlich weiter liberalisiert. Generell ist beim Thema öffentliche Beschaffung zu beachten, dass die leider längst üblichen Ausschreibungspflichten eine Kontrollfunktion übernehmen, die in einem demokratischen Staatswesen von den Parlamenten zu leisten wäre. Ausschreibungspflichten sind eine Gängelung öffentlicher Auftraggeber – man stelle sich für einen Moment vor, auch privatwirtschaftliche Unternehmer müssten ihre Aufträge öffentlich ausschreiben. In einer funktionierenden Demokratie haben Parlamente und Öffentlichkeit die Regierungsgeschäfte zu kontrollieren, flankiert durch ein Wahlrecht, das die Möglichkeit zulässt, Regierungsmitglieder abzuwählen. Nur so können auch unterschiedliche Ziele und Kultur der lokalen Bevölkerung zum Tragen kommen. Immerhin „dürfen“ Kommunen weiterhin ökologische und soziale Erfordernisse in ihre Aufträge hinein formulieren. Leider ändert dieses Freihandelsabkommen nichts an der kulturellen Gleichschaltung der Welt, sondern schreibt sie unaufgeregt fort.“

(Quelle: Attac Deutschland, Abruf 18.06.2014)

Zu „TiSA“- TiSA, das „Trade in Services Agreement“ oder auch „Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen“, ist eines der wichtigsten derzeit verhandelten Abkommen. Am 8. Juli beginnt die zweite Verhandlungsrunde zwischen der EU und 21 anderen Ländern (darunter die USA, Türkei, Kanada, Mexiko, Australien und Japan), um den Handel mit Dienstleistungen zu liberalisieren. Damit werden nationale Märkte für ausländische InvestorInnen geöffnet, die teilweise sogar ihren eigenen ArbeiterInnen mitbringen können. Nicht nur die Gefahr der Liberalisierung öffentlicher Güter wie Abfallentsorgung, Bildung und Gesundheit oder anderer Dienstleistungen wie Datenschutz ist problematisch. Das Abkommen wird deshalb so große Auswirkungen haben, weil es außerhalb der Welthandelsorganisation (WHO) verhandelt wird und somit den Weg ebnet für zukünftige plurilaterale statt multilaterale Abkommen.

Alexander Hagelücken analysierte in der *Süddeutschen Zeitung* am 20. Juni 2014 unter der Überschrift „*T wie Tumult. Der Westen will Milliardenmärkte für Dienstleistungen öffnen, ohne dass es einer merkt*“ das beabsichtigte Abkommen:

„Es war so ruhig bei den Gesprächen der ‚wirklich guten Freunde‘, wie sich die Emissäre aus 50 Nationen nennen. Keine Demonstrationen, keine Megakampagne im Netz störte bisher den Poker um ein neues globales Abkommen, das weltweit mehr Wettbewerb bei Dienstleistungen aller Art erzeugen soll: Beim Verkehr ebenso wie im Gesundheitssektor, bei Banken wie im Bildungsbereich. Während der Massenprotest das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA zu Fall bringen könnte, war es um den Dienstleistungsvertrag Tisa still. Die USA, Europa und die anderen Länder tun auch was dafür: Sie treffen sich nicht in Gebäuden der Welthandelsorganisation in Genf wie sonst bei solchen Gesprächen, sondern in der abriegelten australischen Botschaft. Und sie wollen die Verhandlungspapiere frühestens fünf Jahre nach Abschluss des Vertrags an die Öffentlichkeit lassen, wie in den ‚vertraulich‘ markierten Papieren zu lesen ist. Aber wird es so ruhig bleiben um Tisa, nachdem *Süddeutsche Zeitung* und Wikileaks Brisantes aus den geheimen Dokumenten zitieren (siehe Seite 1) ? Klar ist, dass die Offenlegung ein Schlaglicht auf ein Großprojekt wirft, das die Weltmärkte umkrepelt. Mehr Wettbewerb bei Dienstleistungen klingt technisch. Tatsächlich stellen Servicebranchen von IT über Logistik, Beratung und sehr viel anderes drei Viertel der europäischen Wirtschaftsleistung. Und drei Viertel aller Jobs. Also den Großteil der europäischen Ökonomie. Diese Märkte sind durch das sogenannte Gats-Abkommen 1994 für

ausländische Anbieter geöffnet worden, aber seitdem ist wenig passiert – auch weil die Welt-handelsrunde Doha feststeckt. Diesen Stillstand wollen die ´wirklich guten Freunde von Dienstleistungen` auflösen Dazu zählen neben den USA und Europa Industriestaaten wie Japan und Südkorea, aber auch Schwellenländer wie Mexiko und die Türkei. Andere Interessenten wie China können dazustoßen. Die Ziele sind ehrgeizig: Die USA erhoffen sich von Tisa eine Steigerung ihrer Exporte von Dienstleistungen von 600 Milliarden Euro. Entsprechend viel Druck machen die Amerikaner, und hier fangen die Probleme an, ähnlich wie bei dem EU-US-Abkommen, gegen das seit Monaten Hunderttausende Europäer protestieren, weil sie Chlorhühnchen und Konzernklagen fürchten

Jedes Land soll sich verpflichten, Banken oder Versicherern Zugang zu ihrem Markt zu gewähren

Gegner vermuten, dass Tisa umstrittene Privatisierungen zementiert. In den vergangenen Jahren wurden überall auf dem Erdball staatliche Aufgaben wie Bildung, Gesundheit oder Wasserversorgung privatisiert, wobei es öfter Proteste gab – etwa weil die Leistungen teurer, aber nicht besser wurden. Nun soll es bei Tisa Vorschriften geben, die eine Wiederverstaatlichung privatisierter Betriebe verbietet, behaupten Kritiker. Dafür gibt es bisher keinen Beleg, allerdings sickert durch, dass eine Sperrklausel entstehen könnte: Hat ein Land zugestimmt, in einem Bereich wie Gesundheit Konkurrenz zuzulassen, sollen private Anbieter für immer auf dem Markt bleiben dürfen. Das dürfte Kritiker erregen, die Liberalisierungen als Bereicherungen von Konzernen sehen. Belegt ist durch die jetzt enthüllten Dokumente aus den Verhandlungen, was bei den Finanzmärkten geplant ist: Eine stramme Liberalisierungs-Agenda. Europäische Konzerne erhoffen sich größere Anteile auf Märkten wie Australien, Honkong, Taiwan oder Chile, die ihre Finanzindustrie bisher abschotten. Gleichzeitig halten ausländische Banken in Europa nur einen Marktanteil von 25 Prozent, in Deutschland sogar nur etwa zehn Prozent – da wäre viel Potenzial für Einsteiger und neue Konkurrenz. Nach Tisa-Artikel 3 und 7 soll sich nun jedes Land verpflichten, ausländischen Banken oder Versicherern Zugang zu ihrem Markt zu gewähren – auch durch den Kauf heimischer Anbieter. Ein heißes Thema: Als 2008 chinesische Investoren die Dresdner Bank kaufen wollten, verhinderte das die Bundesregierung. Ebenfalls hochpolitisch wäre der Kauf deutscher Sparkassen, die gesetzlich geschützt sind. Nur eine Bank, die am Gemeinwohl orientiert ist, darf sich Sparkasse nennen. ´Wir beobachten die Entwicklungen bei den geplanten Handelsabkommen sehr genau`, sagt der Verband. ´Grundsätzlich gilt auch für Tisa die Feststellung der EU-Kommission, dass öffentliche Dienstleistungen nicht zwangsweise liberalisiert werden dürfen`. Die USA machen ebenfalls Druck: ein ausländischer Anbieter soll binnen vier Monaten Bescheid auf seinen Antrag erhalten, ob er auf einem Markt tätig werden darf. Ob Datenschutz oder Konzernklagen, Privatisierungen oder Sparkassen: Es gibt viele heikle Punkte bei Tisa, die dafür sprechen, dass die Öffentlichkeit sich bald mehr dafür interessiert. Die nächste Verhandlungsrunde beginnt übrigens nächsten Montag.“

- 21) „Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“
(Merkel am 1.9.2011)

Das EU-Recht hat Vorrang vor jedem (!) nationalen Recht, auch den Verfassungen. Der EU-Vertrag sei eine „autonome Rechtsquelle“, der „keine wie immer gearteten innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgehen können“. *Anhang zum Lissabonvertrag, Erklärung zum Vorrang (Nr. 17)*, zitiert nach E. Schenk, a.a.O., S. 51 – Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Diktum vom „von langer Hand geplanten, stillen ökonomischen Putsch“ – oder ist etwa einer Mehrheit der Bevölkerung bewusst, dass das EU-Recht die nationalen Verfassungen aushebelt, wie das schwedische Beispiel zeigt: Die schwedische Verfassung garantiert das Öffentlichkeitsprinzip. Unter Berufung darauf forderte Greenpeace Einsicht in brisante Monsanto-Unterlagen zu genverändertem Mais. Dies sei laut GMO-Richtlinie der EU nicht gestattet,

befand die EU-Kommission und verlangte von Schweden, seine Verfassung der EU-Richtlinie anzupassen (Peter Mühlbauer, EU will schwedische Verfassung brechen. In: Telepolis 15.10.2007, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26403/1.html>)

- 22) vgl. zu diesem Zusammenspiel das Kapitel „Politik ist narizssmuspflchtig“ in: Hans-Joachim Maaz, Die narzisstische Gesellschaft – Ein Psychogramm, München 2012, S. 189 ff.; übrigens: Das Wort „Idiot“ leitet sich vom griechischen ἰδιώτης (*idiotes*) her, es bezeichnete in der Polis Personen, die sich aus öffentlichen-politischen Angelegenheiten heraushielten und keine Ämter wahrnahmen, auch wenn ihnen das möglich war.
- 23) vgl. Nikolaus Piper, Das 71-*Billionen-Dollar-Problem*. Die Bösewichte der Finanzkrise sind zurück – nur größer und mächtiger: Der unheimliche Aufstieg der Schattenbanken hat vor allem eine Ursache, die strengeren Regeln für herkömmliche Kreditinstitute, in: Süddeutsche Zeitung 18.6.2014
- 24) Theodor W. Adorno, *Gesammelte Schriften Band 4*, Frankfurt a. M. 1980, S. 43-
Adorno: „Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der Anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“ (aus: Theodor W. Adorno, *Minima Moralia*. Relexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt a.M. 1994, S. 67)

Uli Gierschner, geb. 1959 in Lage, ist Gymnasiallehrer für ev. Religion, Geschichte und Psychologie und Mitbegründer von Attac Schwäbisch Hall und lebt in Ilshofen.

Anhang

Videos in chronologischer Reihenfolge

Informations-Sendungen	Minuten
Report München: Geheimoperation transatlantisches Freihandelsabkommen (ARD, 26.11.2013)	07.48
link: https://www.youtube.com/watch?v=nmiBCetGO-s	
makro: Freihandelsabkommen: Tanz der Giganten (3sat, 17.1.2014)	04.23
link: http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=41104	
Gefährliche Geheimnisse – Wie USA und EU den Freihandel planen (3sat, 20.3.2014)	45.00
link: http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=42403	
makro: makroskop Freihandelsabkommen (3sat, 21.3.2014)	01.54
link: http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=42540	
Scobel – TTIP-Streitpunkte (3sat, 20.3.2014)	05.11
link: http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=42492	
ZDF heute: Heute in Europa Verhandlungen über das Freihandels-abkommen (ZDF, 5.5.2014)	02.20
link: http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2147826/Verhandlungen-ueber-Freihandelsabkommen	
Anne Will: Streitfall Freihandelsabkommen. Chlorhühnchen für Verbraucher, Profite für Konzerne ? (ARD, 11.5.2014)	1.13.49
link: http://daserste.ndr.de/annewill/videos/annewill4016.html	
Berlin direkt: Angst vor TTIP (ZDF, 11.5.2014)	03.28
link: http://berlindirekt.zdf.de/ZDF/zdfportal/programdata/05168d08-0e1a-372c-b67c-60c95afe176a/20300420?generateCanonicalUrl=true	

ZDFZoom: Geheimsache Freihandel (ZDF, 21.5.2014)	30.00
link: http://www.zdf.de/zdfzoom/zdfzoom-geheimsache-freihandel-33169210.html	
Monitor: Freihandelsabkommen TTIP: Angriff auf die Demokratie ? (ARD, 22.5.2014)	08.49
link: http://www.ardmediathek.de/tv/Monitor/Freihandelsabkommen-TTIP-Angriff-auf-di/Das-Erste/Video?documentId=21472346&bcastId=438224	
aspekte: Schreckensszenario oder bald Realität? Kultur in Deutschland platt gemacht von amerikanischen Großkonzernen. (ZDF, 23.5.2014)	05.28
link: http://www.zdf.de/aspekte/kultur-im-zdf-aspekte-themen-am-23.-mai-2014-george-ezra-arno-brandlhuber-33226894.html	
Plusminus: Sonderrechte für Konzerne (ARD, 11.6.2014)	07.05
link: http://mediathek.daserste.de/tv/Plusminus/Freihandelsabkommen-Sonderrechte-f%C3%BCr-Ko/Das-Erste/Video?documentId=21816426&topRessort=tv&bcastId=432744	
Kulturzeit: Kultur in Zeiten von TTIP. Kulturzeit im Gespräch mit Klaus Staeck. (3sat, 27.6.2014)	06.33
link: http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=44567	
Presseclub: Aufschwung oder Alptraum ? – Wie gefährlich ist das Frei- handelsabkommen mit den USA ? (Phoenix, 29.6.2014)	45.00
link: http://www.ardmediathek.de/tv/Presseclub/Aufschwung-oder-Alptraum-wie-gef%C3%A4hrlich/Das-Erste/Video-Podcast?documentId=22116236&bcastId=311790	
Presseclub – nachgefragt: Aufschwung oder Alptraum ? – Wie gefährlich ist das Freihandelsabkommen mit den USA ? (Phoenix, 29.6.2014)	15.00
link: http://mediathek.daserste.de/tv/Presseclub/Aufschwung-oder-	

Albtraum-wie-gef%C3%A4hrlic/Das- Erste/Video?documentId=22125168&topRessort=tv&bcastId=31179 0	
---	--

Exklusiv: Der große Deal. Wie das Freihandelsabkommen uns zu Verlierern macht. (ARD, 4.8.2014)	30.00
link: http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/wdr/der-grosse-deal-106.html	

Satire-Sendungen	Minute n
extra 3: Schlüter zum Freihandelsabkommen. (NDR, 7.5.2014)	05.49
link: http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/extra_3/rueckschau/extra7181.html	

Schlachthof: Claus von Wagner über das Freihandelsabkommen (BR, 27.3.2014)	04.20
link: https://www.youtube.com/watch?v=1aRP5x1O4wY	

Schlachthof: Das Staatswohl steht über allem. (BR, 8.5.2014)	02.59
link: https://www.youtube.com/watch?v=ZnS_Vi33iTI	

Audio

Dossier – Der ökonomische Putsch oder: Was hinter den Finanzkrisen steckt. Von Roman Herzog (Deutschlandfunk, 20.4.2012)	45.00
link: https://www.youtube.com/watch?v=521UI2VzuP8	

TTIP-Terminliste

06.07.2014: Kampagnengruppentreffen Attac-TTIP, Frankfurt

07.07.2014: Konsultationsprozess der GD Handel zu ISDS vorüber

14.-18.07.2014: Sechste TTIP-Verhandlungsrunde, Brüssel

16.-20.07.2014: SoAk Attac Österreich Schwerpunkt TTIP

19.-24.08.2014: Europäische Attac Sommeruniversität, Paris

30.08.2014: Freiheit statt Angst-Demo, Berlin

vielleicht September: CETA-Texte zur Ratifizierung

September: EU-Kanada-Gipfel

vielleicht: Kleines Hearing; Belagerung Vertretung EU-Kommission

02.-06.09.2014: Degrowth-Konferenz, Leipzig

15.09.2014: Letzter Sommerferienschluss (BY)

23.09.2014: Tag der deutschen Industrie, BCC Berlin

Sept/Okt: Europäische BürgerInneninitiative startet

Oktober: TTIP-Verhandlungsrunde

02.-05.10.2014: Meine Landwirtschaft Stadt-Land-Food (Festival und Kongress), Berlin

8.-12.10.2014: Buchmesse Frankfurt

11.10.2014: europäischer TTIP-Aktionstag

Neubesetzung der EU-Kommission

04.11.2014: Kongresswahlen in den USA

07.-9.11.2014: Herbstratschlag

11./12.11.2014: Transatlantic Business Conference, Frankfurt
(www.transatlantikkonferenz.de/en)

21./22.11.2014: Workshop Argumentationstraining zu ISDS (CEO / Powershift), Berlin

Blockupy-Event (u.U. Tagung u. Aktiventreffen)

Dezember: TTIP-Verhandlungsrunde, Brüssel

17.01.2015: Meine Landwirtschaft-Demo

TISA

Aktueller Verhandlungsstand

1. Süddeutsche: 29.6.2014

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sorge-um-datensicherheit-usa-greifen-nach-kontodaten-europaeischer-buerger-1.2007052>

- Verhandlungsort: UN-Botschaft in Genf
- Parteien: über 50 Nationen
- Inhalte: Informationstechnik, Gesundheit, Bildung

2. Süddeutsche: 26.6.2014

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/dienstleistungsabkommen-tisa-bundesregierung-gibt-sich-ahnungslos-1.2017655>

- Seit März 2013, zwischen 50 Nationen

3. TISA-Leak 19.6.2014

<https://wikileaks.org/tisa-financial/>

- Durch Geheimhaltungsklausel: während Verhandlungen und bis zu 5 Jahre nach Verabschiedung nicht einsehbar
- Rahmen außerhalb „General Agreement on Trade in Services“ und „World Trade Organization“, entspricht aber GATS
- Beteiligte Länder: Australien, Kanada, Chile, Chinese Taipei (Taiwan), Kolumbien, Costa Rica, Hong Kong, Island, Israel, Japan, Lichtenstein, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Südkorea, Schweiz, Türkei, Vereinigte Staaten von Amerika, die EU (Österreich, Belgien, Bulgarien, Zypern, Kroatien, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Großbritannien)
- Interessierte Länder: China, Uruguay

4. Research Paper „world psi“

http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/en_tisaresearchpaper_hqp_internal.pdf
http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/de_psi_tisa_policy_brief_july_2013_final.pdf

- Verhandlungsbeginn: 2012, erste Deadline: 2014 (wird nicht eingehalten)
- Ausweitung auf China, Brasilien, Indien, Südafrika gewünscht
 - o v.a. USA: Misstrauen ggü. China
- Verhandlungsort: Genf („Stützpunkt“ der WTO)
- federführend: USA und EU
- Hauptinhalt: Dienstleistungen
 - o „Maßnahmen zum Stillstand und der Sperrung“ (vgl. „Standstill and ratchet provisions“): Verbot „Wiederverstaatlichung“ privatisierter Betriebe
 - o

5. Süddeutsche Zeitung

<http://www.sueddeutsche.de/geld/dienstleistungsvertrag-tisa-stiller-poker-um-wasser-und-kontodaten-1.2007020>

- Verhandlungsort: australische UN-Vertretung in Genf (am besten abgeriegelt)
- Ermöglichung käuflicher Erwerb deutscher Banken bzw. Sparkassen
- Verhandlungsrunde: 23.6.2014

6. Neues Deutschland (Sozialistische Tageszeitung)

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/937266.ueberholte-dogmen-des-freihandels.html>

- „Team Tisa“, führend: Walmart

7. „About Team TiSA“

<http://teamtisa.org/index.php/about-team-tisa>

- offizielles Statement verschiedener US-amerikanischer Firmen zur Unterstützung von TiSA, angeführt von:
 - o Citigroup
 - o IBM
 - o Liberty Mutual
 - o MetLife
 - o UPS
 - o Walmart
- s. Erklärung: [http://teamtisa.org/images/Team TiSA Joint Statement.pdf](http://teamtisa.org/images/Team_TiSA_Joint_Statement.pdf)

8. Services Coalition

https://servicescoalition.org/images/TiSA_Background.pdf

- Plan: schnellstmögliche Verabschiedung

9. Chamber of Commerce

- expliziter Ausschluss nicht beteiligter Länder gefordert, um „Free-Rider“-Problem zu verhindern
- Verhandlungsort: Genua, Leitung: Vertreter*innen der Welthandelsorganisation

10. attac-Homepage

<http://www.attac.de/presse/detailansicht/news/liberalisierung-der-oeffentlichen-dienstleistungen-aufhalten/?cHash=0d0c773dbff77915235799f4bf0869df>

11. tagesschau.de

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/tisa-102.html>

12. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

<http://www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Handelspolitik/europaeische-handelspolitik,did=641776.html>

„Aus Sicht der EU und der Bundesregierung sollen sich die Vereinbarungen zur Erleichterung beim Handel von Dienstleistungen langfristig auch auf multilateraler Ebene durchsetzen. Die technische Ausgestaltung des Abkommens orientiert sich deshalb stark an den Strukturen des WTO-Abkommens zum Dienstleistungshandel (GATS = General Agreement on Trade in Services).“

13. Australische Regierung

<https://www.dfat.gov.au/trade/negotiations/services/trade-in-services-agreement.html#membership>

- Bisher 7 Verhandlungsrunden

Übersicht der Planung:

Verhandlungsort: australische UN-Botschaft in Genf

letztes bekanntes Verhandlungsdatum: Montag, 23.6.2014 (bisher

Verhandlungsbeginn: März 2013, ABER: Gesprächsbeginn ca. Anfang 2012

bisherige Verhandlungsrunden:

Runde 1 (17.4.-3.5.2013): Vorsitz: USA; erster Basistext; Diskussion: temporäre Zulassung (oder Einreise) einzelner Kaufleute + Finanzservices

Runde 2 (24.-28.6.2013): Vorsitz: EU; Australien: Antrag auf extra Anhang zu „Professional Services“; Vorschläge zu: Finanzservices + „Domestic Regulations“ (=nationale Regelungen?); Diskussionen: Internethandel, Seehandel → „Untermalt“ von Präsentationen bestimmter Industrieverbänden (wer genau leider unklar)

Runde 3 (16.-20.9.2013): Vorsitz: Australien, anwesend: mehr als 120 Personen (Verhandelnde und „Sektor-spezifische Regierungsexperten“); Weiterentwicklung Basistext: Zeitfenster für Vorlagen erster Angebote zum Markteintritt zum „4 30 November“; Verhandlungen: Beginn der Verhandlungen über Marktzugang → durch frühe Angebote von USA und Japan + neue und verbesserte „disciplines“

Runde 4 (4.11.-8.11.2013): Vorsitz: USA; Verhandlungen: Voranbringen neuer/verbesserter Handelsregulierungen im IT-Service, Finanzdienstleistungen, „professional services“, temporäre Zulassung/Einreise von Kaufleuten, Beförderung auf dem Seeweg und nationale Regelungen; neue Verhandlungsvorlagen: Beförderung auf dem Luftweg, konkurrierende Lieferdienste, Energiehandel, Fördermittel; EU: 3. „initial market access offer“ (weitere „Parteien“: bis Deadline 30. November); Fortschritte: Basistext mit Zustimmung zu Bestimmungen der Ablaufplanungen der Verpflichtungen fast vollständig beendet

Runde 5 (17.-24.2.2014): Vorsitz: EU; Verhandlungen: 21 von 23 TiSA Beteiligten-Vorlage von Angeboten zu Marktzugang; weiterführende Verhandlungen und neue/verbesserte Handelsregelungen für IT-Service, Finanzdienstleistungen, nationale Regulierungen und Transparenz, Seetransport, „professional services“, temporäre Einreise von Kaufleuten → „Fortschritt“ von reinen Vorschlägen hin zu Verhandlungen über Texte

Runde 6 (28.4.-2.5.2014): Vorsitz: Australien; anwesend: mehr als 140 Personen (Verhandelnde und „Sektor-spezifische Regierungsexperten“); Diskussion: neue und verbesserte Handelsregulierungen für Finanzdienstleistungen, nationale Regulierungen

und Transparenz, Internethandel und Telekommunikation, Seetransport; Aufnahme eines Verhandlungstextes für Luftfahrt; weitere Verhandlungen über Marktzugänge; reichlich Anwesenheit der Industriegesellschaften während der Verhandlungen + öffentliche Infoveranstaltung (veranstaltet vom International Center for Trade and Sustainable Development)

nächste Verhandlungsrunde: Mitte Juli 2014 (lt. Lobbycontrol, <https://www.lobbycontrol.de/2014/06/ttip-ein-industrie-sommermaerchen/>)

beteiligte Nationen: Australien, Kanada, Chile, Chinese Taipei (Taiwan), Kolumbien, Costa Rica, Hong Kong, Island, Israel, Japan, Lichtenstein, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Südkorea, Schweiz, Türkei, Vereinigte Staaten von Amerika, die EU (Österreich, Belgien, Bulgarien, Zypern, Kroatien, Tschechien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Großbritannien);
interessiert: China, Uruguay

Leitung: Vertreter*innen der WTO

Rahmenbedingungen Vertrag: nicht den Standards der Welthandelsorganisation entsprechend, Orientierung am „General Agreement of Trade in Services“, beinhaltet:

-> Commitment on Market Access

-> Commitment on National Treatment

Unterstützende Unternehmen in den USA:

Citigroup, IBM, Liberty Mutual, MetLife, UPS, Walmart

Unterstützende Unternehmen in der EU & Deutschland:

European Services Forum: <http://www.esf.be/>

BDO, British Telecommunications Plc, Deutsche Bank AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Post DHL, Ernst & Young, HSBC Holdings Plc, IBM Europe, Middle East & Africa, Inmarsat, KPMG, Microsoft Corporation Europe, „Oracle Europe, Middle East & Africa“, Orange, Prudential Plc., Siemens AG, Standard Chartered Bank, TCS (Tata Consultancy Services), Telefónica SA, Telenor Group, Thomson Reuters, Vodafone, Zurich Financial Services

Weitere Verbände etc.

Mitglied des ESF: Bundesverband der Freien Berufe (<http://www.freieberufe.de/themen/internationales-und-aussenwirtschaftsfoerderung/gats-wto-verhandlungen.html>)

UND

„Buisnesseurope“ (Quelle: www.esf.be – Who we are – Members – „more than 30 European and National Business Federations“);

Mitglied bei „Buisnesseurope“ unter anderem: Bundesverband der Deutschen Industrie (→ auch Unterstützer bei TTIP)

→ „really good friends of services“

Bündnis im Landkreis Schwäbisch Hall gegen das Handels- und Investitionsabkommen EU - USA

Solidarische Wirtschaft statt Konzernmacht: Handelsabkommen TTIP stoppen!

Derzeit verhandelt die EU mit den USA und Kanada über weitreichende Handels- und Investitionsabkommen (TTIP und CETA) – *Gentechnik, Hormonleisch und Chlorhähnchen, Fracking und Strafzahlungen sollen möglich werden.*

1. Wir fordern als EU-Wählerinnen und Wähler ein Ende intransparenter Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und eine demokratische Neugestaltung der EU-Handelspolitik! Europa ist mehr – und darf sich

nicht an einseitige Handelsinteressen anketten lassen. Insbesondere KULTUR ist KEINE WARE.

2. Eine Schwächung bestehender Arbeitnehmerrechte, von Umwelt- und Verbraucherstandards sowie Finanzmarktregeln durch TTIP und CETA ist inakzeptabel. Die anhaltende NSA-Abhöraffaire beweist: die USA sind kein vertrauenswürdiger Partner.

3. Banken und Konzerne dürfen keine neuen Klagerechte gegen Staaten vor privaten Schiedsgerichten erhalten, durch die sie demokratisch ge-

troffene Entscheidungen ausschalten können. Das wäre verfassungswidrig!

4. Deshalb müssen die Geheimverhandlungen sofort abgebrochen werden. Wir fordern die Mitglieder des EU-Parlaments und unsere Abgeordneten Evelyne Gebhardt (SPD) und Inge Gräßle (CDU), sich offen für ein Ende der Gespräche einzusetzen und die Ratifizierung zu verweigern.

5. Am 25. Mai sind nur EU-Parlamentskandidaten wählbar, die dieses undemokratische, unsoziale und umweltfeindliche Wirtschaftsabkommen ablehnen!

Bioland Bergmann, Karin Bolton, Renate Buchzik, Werner Carle, Inge Comtesse, Stefanie Ehrenfried, Elisabeth Buser, Karl Bolten, Monika Duhm, Anne-Suse Enssle, Günther Fritz, Sabine Grauert, Gabriele u. Horst Gebert, Matthias Giek, Uli Gierschner, Hans A. Graef, Ursula Groh, Gisela Hammerl, Dr. Anette Haman, Beate Herrmann-Trumpp, Ehrentraud u. Rainer Hofmann, Berend König, Christian Kümmerer, Rolf Läßle, Jörg Mast, Hedwig Maier, Karl Matthias, Annette Mühle, Gisela u. Peter Nieschling, Volker Oliczewski, Petra Rychlak, Hilde Sänger-Warnecke, Heidrun Schammann, Heidi Scharf, Lea u. Birgit Schatz, Brigitte Schmid, Barbara Schneider, Klaus Schüler, Kathrin u. Uli Simon, Inge Sonnenberg, Wilfried Steppuhn, R. u. T. Teske, Angelika u. Daniel Trenkle, Peter Trumpp, Thomas Warnecke, Sabine Weller,

Partner Bündnis: attac SHA, Bioland, Bündnis Gentechnikfreies Hohenlohe, Bürgerforum SHA, sl, Energie-Initiative Kirchberg, Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) OV SHA, Hohenloher Franken, Umfairteilen SHA, Mehr Demokratie e.V., 3. Weltladen SHA, Radio Sthoerfunk, Umweltzentrum Kreis Schwäbisch Hall, Gesprächskreis Zeitgenossenschaft, IG Metall Schwäbisch Hall, Verdi Ortsverein SHA, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Kreisverband Schwäbisch Hall

